

Berichte

Das Magazin des Difu



- 4 Standpunkt**
Hitzeschutz – eine Aufgabe für uns alle
- 9 Forschung & Publikationen**
Wie KI Städte effizienter und gerechter machen kann
- 21 Neue Projekte**
Urbanes Parken neu organisieren
- 30 Veranstaltungen**
Was Gemeinwesenarbeit im Quartier bewirken kann

Editorial

Standpunkt

- 4 Gemeinsam gegen die stille Gefahr:
Hitzeschutz – eine Aufgabe für uns alle

Forschung & Publikationen

- 6 Viertelstundenstadt: Zu Fuß oder per Rad – alles in 15 Minuten erreichbar
- 7 Urban Consolidation Center: Schlüssel zur nachhaltigen urbanen Logistik
- 8 Smart-City-Maßnahmen in den kommunalen Regelbetrieb überführen
- 9 Wie KI Städte effizienter und gerechter machen kann
- 11 Holzbau: Element des Klimaschutzes und der Kreislaufwirtschaft
- 12 Praxislösungen für Kommunen im strukturellen Wandel
- 13 UN-Nachhaltigkeitsziele: Difu bringt kommunale Sicht in Staatenbericht ein
- 14 Moderne Stadtgeschichte: Die Stadt und der Tod

Neue Projekte

- 15 Ankerorte des digitalen Wandels
- 15 Blue Green City Coaching
- 21 Pano – Parken neu organisieren
- 21 Wohnraum: sozial und klimagerecht
- 22 Ressourcen effizient nutzen
- 22 Hitzevorsorge planen

Veranstaltungen

- 24 Veranstaltungsübersicht
- 26 Inklusiver Kinderschutz als Pflichtaufgabe!
- 27 Schulterschluss von ÖPNV und Fußverkehr gefordert
- 28 Das ungenutzte Potenzial von Gewerbegebieten
- 29 Sicherheit für alle: Marginalisierte Gruppen im öffentlichen Raum
- 30 Gemeinwesenarbeit im Quartier – Was kann sie leisten?
- 31 Räumliche Perspektiven einer integrierten Infrastrukturplanung

Nachrichten & Service

- 16 Was ist eigentlich ein Urbaner Digitaler Zwilling
- 17 Veröffentlichungsüberblick
- 19 Difu-Service für Zuwander
- 20 Difu-Informationsangebote/ Impressum
- 32 Difu-Intern: Abschied und Neubeginn
- 33 Difu aktiv
- 34 Neues im Inter-/Extranet des Difu
- 35 Difu-Presseresonanz

Editorial



Foto: Difu

Liebe Leserin, lieber Leser,

die Grundlage einer aufgeklärten und miteinander in Frieden lebenden Gesellschaft beruht auf dem angstfreien Austausch von Wissen. Auch wir am Difu beobachten mit Sorge die zunehmenden gesellschaftlichen Spannungen und die schwindende Bereitschaft, einander zuzuhören. Misstrauen, Hassrede und Desinformationen unterhöhlen das gesellschaftliche Miteinander und gefährden die Demokratie. In unserer täglichen Arbeit spüren wir zunehmend, wie sich Diskurse verändern. Es wird schwieriger, gesellschaftlich umstrittene Themen zu bearbeiten und vor Ort zu einem gemeinsamen Handeln zu kommen.

Am Difu haben wir daher begonnen, uns intensiv mit dem veränderten gesellschaftlichen Klima auseinanderzusetzen – in Hinblick auf unsere Themen, methodischen Herangehensweisen und Kommunikationsstrategien. Unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter erhalten Unterstützung im Umgang mit Desinformation, und wir tauschen uns mit Kolleginnen und Kollegen anderer Institutionen über ihre Erfahrungen aus. Unser Ziel ist die Sicherstellung einer überparteilichen und faktenbasierten Kommunalforschung, -fortbildung und -beratung.

Nach sieben Jahren als wissenschaftlicher Direktor des Difu ist Carsten Kühl zum 1. August in den Ruhestand gewechselt. Wir haben ihn im Beisein unserer Gesellschafter vom Verein für Kommunalwissenschaften und dem Deutschen Städtetag mit viel Applaus verabschiedet. Carsten Kühl hat in seiner Zeit am Difu zahlreiche Reformen angestoßen, um die wirtschaftliche Stabilität des Instituts zu stärken und die praxisorientierte Forschung erfolgreich weiterzuentwickeln. Seine offene und zugängliche Führung wurde von den Kolleginnen und Kollegen sehr geschätzt. Die bisherige Lehrtätigkeit im Fach Finanzwissenschaft an der Deutschen Universität für Verwaltungswissenschaften Speyer setzt er fort. Wir wünschen ihm dabei und auch für seinen Ruhestand viel Energie und Freude.

Viel Freude und Inspiration bei der Lektüre dieser Ausgabe!

Dr. Jens Libbe
Kommissarischer Wissenschaftlicher Direktor

Gemeinsam gegen die stille Gefahr: Hitzeschutz – eine Aufgabe für uns alle

Deutschland erlebt immer häufiger lang andauernde Hitzeperioden: Der Frühsommer startete 2025 mit Temperaturen bis 40 Grad und gleich zwei Hitzewellen, damit ist der Juni 2025 der heißeste jemals gemessene Juni in Westeuropa.

Der Klimawandel zeigt sich zunehmend in Form häufiger, intensiver und langanhaltender Hitzewellen. Lag die Zahl heißer Tage im Zeitraum 1961 bis 1990 noch bei 4,2, so verdoppelte sich der Durchschnittswert im darauffolgenden Zeitraum (1991 bis 2020) auf 8,9 Hitzetage pro Jahr. Laut meteorologischer Definition gilt ein Tag als Hitzetag, wenn die Tageshöchsttemperatur mindestens 30°C erreicht oder überschreitet. Und auch die Zahl der Tropennächte mit mehr als 20°C nahm in den letzten Jahren vielerorts zu. Diese Auswirkungen des Klimawandels stellen ein wachsendes Gesundheitsrisiko dar – insbesondere in stark versiegelten und dicht bebauten urbanen Räumen, in denen sich der „Wärmeinseleffekt“ sehr drastisch auswirkt. Besonders vulnerabel gegenüber diesen Extremwetterereignissen sind ältere Menschen, Kleinkinder, chronisch Erkrankte sowie sozial benachteiligte Bevölkerungsgruppen. Nach Schätzungen des Umweltbundesamts sind in den letzten Jahren mehrere Tausend hitzebedingte Todesfälle zu verzeichnen. Zudem werden die wirtschaftlichen Auswirkungen von Hitzeperioden bisher wenig beachtet: Sie können die Produktivität von Menschen verringern, den Energieverbrauch und damit die Energiekosten erhöhen (z.B. durch den Kühlbedarf der Produkte) und laut DIW sogar Infrastrukturen schädigen. Doch trotz dieser Erfahrungen scheint die Hitze viele deutsche Städte jedes Jahr unvorbereitet zu treffen und die Gefahr, die von Hitze ausgeht, im kollektiven Bewusstsein kaum präsent. Diese Entwicklungen weisen eindringlich auf künftige Aufgaben hin: Kommunen stehen als zentrale Akteure der Daseinsvorsorge in der Verantwortung, Schutz- und Präventionsstrukturen zu etablieren – auch wenn die gesundheitliche Hitzevorsorge (noch) keine kommunale Pflichtaufgabe im engeren Sinne ist.



Fotos: Difu

Gesundheitskommunikation sowie durch die Sensibilisierung von Bevölkerungsgruppen, sozialen Einrichtungen und Multiplikatoren lassen sich mit geringem Aufwand große Wirkungen erzielen – vorausgesetzt, die Maßnahmen werden konsequent auf den spezifischen Bedarf vulnerabler Gruppen ausgerichtet.

Gleichzeitig zeigt sich in Kommunen eine große Diskrepanz zwischen identifizierten Handlungsbedarf und tatsächlichem Umsetzungsstand. Diese Umsetzungslücke resultiert aus verschiedenen Faktoren: Zum einen bedarf es für freiwillige Maßnahmen eines starken politischen Willens sowie einer hohen intrinsischen Motivation bei den beteiligten Akteuren innerhalb der Kommunalverwaltung. Zum anderen sind externe Partner – etwa Wohlfahrtsverbände, Pflegeeinrichtungen oder zivilgesellschaftliche Initiativen – entscheidend für den Zugang zu besonders gefährdeten Zielgruppen. Lange konzentrierte sich die öffentliche Debatte in Deutschland vorrangig auf baulich-technische Maßnahmen der Klimaanpassung. Diese Maßnahmen zum Ausbau von Grün- und Wasserflächen in einer Stadt wie zum Beispiel Schaffung und Sicherung von Grünflächen, Gründächern und -fassaden, Pflanzen von Straßenbäumen, Entsiegeln von betonierten Flächen und Verschattung von Plätzen sind zwar essenziell für den langfristigen und nachhaltigen Umbau der Städte. Ihre Planung und Umsetzung ist aber oft langwierig, kostenintensiv und komplex. Eine einseitige Fokussierung auf diese Maßnahmen kann entmutigend wirken – gerade für kleinere Kommunen mit begrenzten Ressourcen. Umso wichtiger sind daher niedrigschwellige, kommunikative und sensibilisierende Maßnahmen, wie sie Frankreich bereits seit über 20 Jahren erfolgreich praktiziert.

Dabei stehen den Kommunen zahlreiche etablierte Wissensressourcen zur Verfügung. Die gesundheitsbezogene Hitzevorsorge ist als Teil der Klimaanpassung kein Neuland. In Deutschland existieren über 40 kommunale Hitzeaktionspläne (HAPs), mit denen Städte und Regionen sich vorbereiten und unterschiedliche Maßnahmen koordinieren. Und internationale Vorbilder wie Frankreich zeigen, wie wirkungsvoll standardisierte Abläufe und strukturierte Kommunikation wirken können. Besonders in den Bereichen Risiko- und

Genau hier leisten kommunale Hitzeaktionspläne (HAPs) gute Dienste: Sie ermöglichen eine strukturierte Koordination, bündeln vorhandene Kompetenzen und adressieren vorrangig kurzfristige, verhaltenspräventive Maßnahmen. Sie sensibilisieren alle Beteiligten für das Hitzethema und die Gefahren, analysieren Risiken und Betroffenheiten, bauen effektive Unterstützungsstrukturen auf und verbessern die Planung durch passgenaue Maßnahmen zum Hitzeschutz. Neben der Verbreitung von Informationen und Warnsystemen wie dem



Dr. Moritz Ochsmann
+49 30 39001-332
ochsmann@difu.de

Dipl.-Geogr. Luise Willen
+49 221 340308-19
willen@difu.de

zum Weiterlesen

Hitzevorsorge gemeinsam planen, Difu-Projekt

➔ www.difu.de/19007

Hitzeaktionspläne in der kommunalen Praxis, Difu-Publikation, 2025

➔ www.difu.de/19032

VDI-Expertenempfehlungen zu Hitzeaktionsplänen (2025)

➔ www.t1p.de/62813

Karlsruher HAP, 2025

➔ www.t1p.de/j0cke

LfGA NRW mit HAPs aus NRW, 2025

➔ www.t1p.de/yrnh5

ZKA, Informationen zur Hitzevorsorge

➔ www.t1p.de/am9xx

➔ www.t1p.de/buwpw

Hochschule Fulda, Arbeits-
hilfe zur Entwicklung und
Implementierung eines
Hitzeaktionsplans für
Kommunen, 2023

➔ www.t1p.de/zz5q0

Bundesumweltministerium:
Handlungsempfehlungen
der Bund-Länder-Ad-hoc
Arbeitsgruppe, 2017

➔ www.t1p.de/fsu6b

BMG: Roadmap zur Weiter-
entwicklung des „Hitze-
schutzplans für Gesundheit“
des BMG, 2025

➔ www.t1p.de/s5775

DIW-Studien zu Folgen von
Hitzeperioden für die Wirt-
schaft in Deutschland

➔ www.diw.de



Foto: d_e_r_l_c_stock.adobe.com

des Deutschen Wetterdienstes (DWD) spielen Ablauf- und Notfallpläne wie kommunale Meldekettens eine wichtige Rolle bei der Vorbereitung und dem (Gesundheits-)Schutz der Bevölkerung. Die Umsetzung langfristiger, verhältnispräventiver Ansätze – etwa durch hitzeresilientes Planen und Bauen – verbleibt im Zuständigkeitsbereich übergeordneter Klimaanpassungsstrategien und ressortübergreifender Planung in den Kommunen.

Eine effektive gesundheitliche Hitzevorsorge erfordert ein Zusammendenken beider Dimensionen – der strukturellen (Verhältnisprävention) und der individuellen (Verhaltensprävention). Diese duale Strategie bedeutet konkret: Städtebauliche Maßnahmen wie Entsiegelung, Begrünung oder die Schaffung kühler öffentlicher Räume müssen vorangetrieben werden. Notwendig sind aber auch kurzfristig wirksame Formate der Gesundheitsaufklärung, der Frühwarnung und direkten Ansprache gefährdeter Bevölkerungsgruppen wie Hitzehotlines, Nachbarschaftsnetzwerke oder Hitzelotsen.

Frankreich gilt seit dem Hitzesommer 2003 als Vorbild, denn Hitze wird hier auch als soziales Risiko verstanden. Dort gibt es strukturierte Meldekettens, die verpflichtende Maßnahmen an die Warnstufen des nationalen Wetterdienstes koppeln. Damals starben in Frankreich rund 15.000 Menschen an den Folgen der Hitze. Die zwei Faktoren „Ignoranz und Isolation“ haben die Hitzeauswirkungen so verheerend gemacht: Ignoranz gegenüber den Gefahren von Hitze und Isolation von vulnerablen Gruppen. Die Hitzetoten wurden in Frankreich als eine soziale Katastrophe angesehen, als ein gemeinschaftliches Versagen. Seit Einführung des nationalen Hitzeplans 2004 gilt von Juni bis Mitte September ein mehrstufiges Warnsystem – Feuerwehren und Krankenhäuser

sind nun in Hitzeperioden auf mehr Einsätze und Patient:innen vorbereitet.

Gleichwohl sind viele dieser Ansätze nicht ohne Weiteres auf deutsche Verhältnisse übertragbar – insbesondere aufgrund der föderalen Struktur und Zuständigkeitsverteilung zwischen Bund, Ländern und Kommunen. Dennoch lassen sich aus den französischen Erfahrungen wertvolle Impulse für die Ausgestaltung kommunaler Strategien in Deutschland ableiten, wie sie etwa in der Difu-Publikation „Hitzeaktionspläne in der kommunalen Praxis“ in Form konkreter Handlungsempfehlungen nachzulesen sind.

Die gute Nachricht: Viele Kommunen haben diesen Weg bereits eingeschlagen. Erste Fronrunner agieren vorbildlich und entwickeln kontinuierlich praxisorientierte Lösungen. Städte wie Karlsruhe, Düsseldorf, Dresden, Duisburg, Mannheim oder Köln zeigten in den letzten Jahren, wie Hitzevorsorge und wirkungsvolle Maßnahmen durch Zusammenarbeit der Bereiche Umwelt, Gesundheit, Soziales, Stadtplanung, Grünflächen und Klimaanpassung umgesetzt werden können. Das Feld der gesundheitlichen Hitzevorsorge ist in Bewegung – dynamisch, lernbereit und zunehmend vernetzt. Doch die Herausforderung ist zu groß, um allein durch die Kommunalverwaltungen bewältigt zu werden. Es braucht eine breitere Verankerung im gesellschaftlichen Alltag, in Verwaltung, Politik und Zivilgesellschaft. Gesundheitliche Hitzevorsorge ist nicht nur Aufgabe der öffentlichen Hand – sie erfordert Solidarität, geteilte Verantwortung und ein neues Verständnis von Fürsorge in Zeiten der Klimakrise. Der Schutz vor Hitze beginnt in der Nachbarschaft, im Quartier, in der persönlichen Ansprache – und er kann nur dann gelingen, wenn alle ihren Beitrag leisten.

Viertelstundenstadt: Zu Fuß oder per Rad – alles in 15 Minuten erreichbar

Eine neue Difu-Studie zeigt, dass die Voraussetzungen für eine „Stadt der Viertelstunde“ in Deutschland weitgehend vorhanden sind. Bei der Nutzung des nähräumlichen Angebots werden jedoch noch nicht alle Potenziale ausgeschöpft.

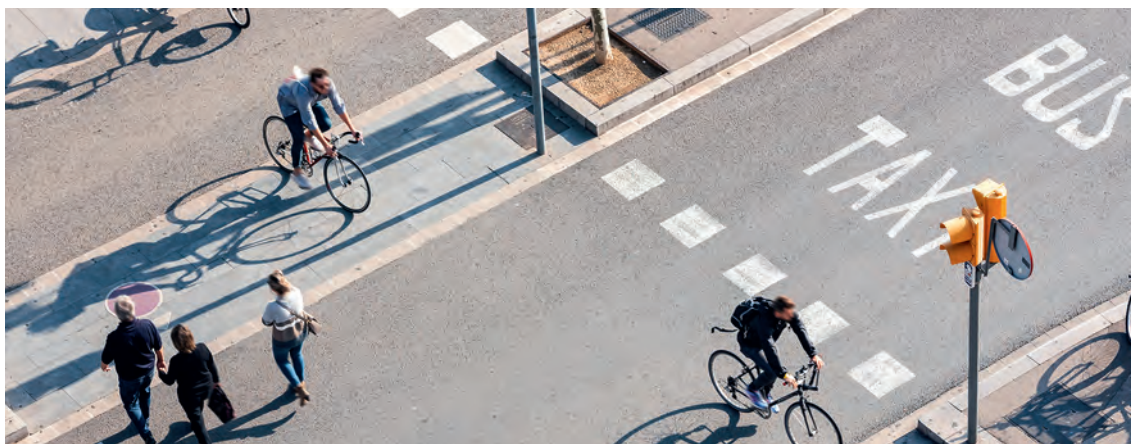


Foto: VTT Studio, stock.adobe.com

In der „Stadt der Viertelstunde“ sollen möglichst viele Funktionen des täglichen Lebens räumlich so organisiert werden, dass sie innerhalb von 15 Minuten fußläufig oder mit dem Fahrrad erreichbar sind. Ziel des vom Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) beauftragten gleichnamigen Projekts war es, vorhandene Konzepte in Literatur und Praxis aufzubereiten und eine umfassende empirische Untersuchung zur „Stadt der Viertelstunde“ aus zwei eng miteinander verbundenen Perspektiven durchzuführen. Zum einen wurde das raumstrukturelle Angebot der Stadt der Viertelstunde in Deutschland bundesweit analysiert, zum anderen wurde in neun unterschiedlich großen und strukturierten Fallstudienstädten analysiert, ob dieses Angebot auch genutzt wird.

Im Ergebnis zeigt sich: Die Stadt der Viertelstunde ist in Deutschland wesentlich präsenter als allgemein angenommen. Gute Angebotsqualitäten einer 15-Minuten-Stadt gibt es nicht nur in nahezu allen Großstädten, sondern auch in kleinen Gemeinden, sofern diese in kompakten Siedlungsstrukturen viele städtische Funktionen anbieten. Ein Großteil der Bevölkerung in Deutschland hat Zugang zu einem vielfältigen nähräumlichen Angebot im Sinne einer Viertelstundenstadt. Die Wahlmöglichkeiten sind dabei in größeren Städten erwartungsgemäß vielfältiger als in kleineren Gemeinden. Je besser das nähräumliche Angebot ausfällt, desto eher wird die 15-Minuten-Stadt tatsächlich gelebt. Diese Effekte zeigen sich insbesondere bei Einkaufs- und Ausbildungswegen, teilweise auch bei privaten Erledigungen oder Freizeitwegen.

Besonders in innerstädtischen Vierteln wird die Stadt der Viertelstunde von einigen Personengruppen bereits in vielen Bereichen des Alltags gelebt. Häufig scheint Wahlfreiheit bei der Auswahl an Gelegenheiten jedoch wichtiger zu sein als die räumliche Nähe. Als Gründe für längere Wege wird meist das Fehlen passender Angebote angegeben. Die individuellen Präferenzen fallen derart differenziert aus, dass sich innerhalb eines Quartiers nicht immer alle Bedürfnisse realisieren lassen. Als zentrales Nutzungshemmnis für mehr 15-Minuten-Stadt-Wege wurden häufig die wahrgenommenen nachteiligen Bedingungen für die aktive Mobilität genannt. Die Studie zeigte auch, dass die Viertelstundenstadt kein exklusives Angebot für wohlhabendere Bevölkerungsgruppen ist, denn dies verdeutlichten die Zahlen aus einer bundesweiten Auswertung der Mietniveaus in den Quartieren.

Im Projektteam wurden mehrere Handlungsempfehlungen entwickelt. Diese richten sich an ein weites Spektrum von Akteuren, die auf unterschiedliche Weise zu einer an den Zielen der 15-Minuten-Stadt orientierten Stadtentwicklung beitragen können. Wichtig ist eine strategisch bessere Verzahnung von Stadt- und Mobilitätsplanung, niedrigere Geschwindigkeiten für den Kfz-Verkehr und vor allem verbesserte Rahmenbedingungen für das Radfahren und zu Fuß gehen generell. Die Anwendung analytisch-partizipativer Planungsverfahren und kommunikativer Strategien bindet die lokale Bevölkerung ein und erhöht die Akzeptanz für verkehrsberuhigende Maßnahmen in Kommunen.



www.difu.de/19127



Dipl.-Geogr. Uta Bauer
+49 30 39001-151
bauer@difu.de

Dipl.-Ing. Jannik Lohaus
+49 30 39001-132
lohaus@difu.de

Urban Consolidation Center: Schlüssel zur nachhaltigen urbanen Logistik

Wie kann städtischer Wirtschaftsverkehr effizient, klima- und stadtverträglich organisiert werden? Das Difu widmete sich dieser Frage und untersuchte Potenziale eines Urban Consolidation Centers (UCC) im Berliner Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg.

Die nachhaltige Gestaltung des Wirtschaftsverkehrs stellt Städte vor Herausforderungen. Besonders in hochverdichteten Quartieren steht Flächenkonkurrenz gemischten Nutzungen gegenüber. Im Projekt „Wirtschaftsverkehr in Friedrichshain-Kreuzberg zukunftssicher und krisenfest gestalten“ erarbeitete das Difu neue Konzepte für eine nachhaltige urbane Logistik. Im Fokus der Untersuchung standen Potenziale von UCC auf der „letzten Meile“ – dem Weg einer Sendung vom letzten Umschlagpunkt bis zur Endkundin bzw. zum Endkunden. Die Ergebnisse bieten wertvolle Orientierung auch für andere Städte.

Das Forschungsteam analysierte auf Basis internationaler Best-Practice-Beispiele (u. a. Paris, Padua, London, Utrecht) Funktionen und Voraussetzungen eines UCC – als einer logistischen Umschlagfläche, auf der Sendungen gebündelt und anschließend gebietsnah emissionsfrei zugestellt werden. Die Untersuchung zeigte: UCCs können die Zahl der Fahrten verringern, die Verkehrsbelastung reduzieren und die Nutzung kleinerer, lokal emissionsfreier Fahrzeuge ermöglichen. Besonders wirksam und wirtschaftlich erfolgreich sind UCCs, wenn sie Teil einer integrierten Gesamtstrategie sind – etwa durch die Kombination mit Zufahrtsbeschränkungen, digitalem Ladezonenmanagement und Maßnahmen zur Konsolidierung auf der „letzten Meile“. Für einen erfolgreichen Betrieb sind zudem Kooperationsmodelle zwischen Logistikunternehmen und kommunalen Akteur:innen, Kollaboration auf Versand- und Empfangseite sowie flexible und multifunktionale Flächenkonzepte entscheidend.

Für Friedrichshain-Kreuzberg wurden sieben mögliche Standorte untersucht – auf der Basis des bezirklichen Wirtschaftsflächenkonzepts. Zwar fehlt bislang bei allen eine nutzbare Schienenanbindung oder Erschließung über Wasserwege, doch entsprechende Potenziale konnten in der Untersuchung identifiziert werden. Standorte wie die Köpenicker Straße und der Hof der Berliner Stadtreinigungsbetriebe in der Mühlenstraße bieten kurzfristig realisierbare Möglichkeiten für Pilotprojekte, etwa Mikro-Depots oder City-Hubs für Radlogistik. Perspektivisch könnte ein interkommunales UCC in Randlage des Bezirks Wirkung über die Grenzen hinaus entfalten.

Die Untersuchung verdeutlicht, dass Kommunen durch strategische Flächenpolitik, koordinierende Verwaltungsstrukturen und gezielte Pilotprojekte die Voraussetzungen für moderne, stadtverträgliche Logistik schaffen können. Die Einführung eines UCC ist zwar kein Allheilmittel – wohl aber ein wirksames Element einer ganzheitlichen Wirtschaftsverkehrsstrategie, die emissionsarmen Verkehr, kooperative Zustellung und Flächeneffizienz kombiniert. Der Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg hat das Thema im Teilkonzept Mobilität seines Klimaschutzkonzepts bereits strategisch verankert.



Foto: Carina Heinz

Die Erfahrungen aus der Projektarbeit zeigen gleichzeitig Wege auf, wie andere Städte den Wandel im urbanen Wirtschaftsverkehr aktiv gestalten können. Besonders die Verbindung aus Datenbasierung, Pilotierung, Stakeholder-Beteiligung und politischer Rahmensetzung ist übertragbar – ebenso wie die Empfehlung, neue Logistikimmobilien multifunktional, flexibel und kooperativ zu begreifen.

Diese und verwandte Fragestellungen bearbeiten Difu-Wissenschaftler:innen auch in einem weiteren, aktuell laufenden Projekt: „Wirtschaftsverkehr nachhaltig gestalten“ (Wina).



www.difu.de/19253 (erscheint in Kürze)
www.difu.de/19057



Dipl.-Geogr.
Anne Klein-Hitpaß
+49 30 39001-260
klein-hitpass@difu.de

Carina Heinz
+49 30 39001-173
heinz@difu.de

Smart-City-Maßnahmen in den kommunalen Regelbetrieb überführen

Städte und Gemeinde entwickeln seit einigen Jahren Smart-City-Projekte. Aber wie wird aus einem innovativen Pilotprojekt ein fester Bestandteil im kommunalen Verwaltungsalltag? Eine neue Studie hilft, den individuellen Verstetigungsweg zu gestalten.

Sowohl für Kommunen, die Smart-City-Maßnahmen aus eigener Kraft umsetzen, als auch für Kommunen, die sich am Ende eines Förderprogramms befinden, besteht die Herausforderung, die umgesetzten Maßnahmen in den kommunalen Regelbetrieb zu überführen. Aber wie kann das gelingen? Welche konkreten Schritte haben andere Kommunen unternommen? Und wie sind sie vorgegangen, wenn eine Maßnahme nicht verstetigt, sondern abgewickelt, also eingestellt oder abgebrochen wurde?



Foto: VGV, stock.adobe.com

In der neuen Difu-Studie „Von der innovativen Idee in den Regelbetrieb“ wurde diesen Fragen nachgegangen. Sie gibt Orientierung für diejenigen in den Kommunen, die Smart-City-Projekte verantworten und koordinieren. Betrachtet wurden die ersten sechs der planmäßig in den Jahren 2024 und 2025 auslaufenden Modellkommunen des Förderprogramms „Modellprojekte Smart Cities“. Es wurden neun Fallstudien aus den Modellkommunen Solingen, Kaiserslautern und dem kommunalen Zusammenschluss der Landkreise Vorpommern-Greifswald und Mecklenburgische Seenplatte untersucht.

Fünf zentrale Verstetigungsfaktoren wurden auf Grundlage der Fallbeispiele identifiziert. Sie dienen als Planungshilfe, um die Verstetigung für eine Smart-City-Maßnahme individuell auszugestalten. Dabei werden für jeden Faktor typische Herausforderungen erläutert und konkrete Schritte aufgezeigt, die von den analysierten Kommunen unternommen wurden. Konkrete Empfehlungen werden zur Gestaltung eines erfolgreichen Verstetigungsprozesses gegeben:

Kommunikation: Die Kommunikation über die Maßnahmenziele sowie Fortschritte und Herausforderungen bei der Umsetzung sind eine Daueraufgabe. Kommunen sollten den Nutzen von Maßnahmen verständlich intern und extern erläutern.

Wirkungserfassung: Wirkungen erfassen und vermitteln stärkt die Argumentation für die Verstetigung. Dafür muss der Ausgangszustand erfasst werden und ein regelmäßiges Monitoring der Wirkungen über nachvollziehbare Zahlen und Beispiele kontinuierlich stattfinden.

Technische Anschlussfähigkeit: Neu entwickelte digitale Lösungen sollten in die bestehenden IT-Strukturen der Kommune eingebettet werden. Hierfür muss ein Konzept entwickelt werden, das den Betrieb und die Weiterentwicklung festlegt.

Verbindliche Verantwortung: Verantwortungen verändern sich oft während der Umsetzung. Für die Verstetigungsphase ist es wichtig, klare Zuständigkeiten auch über Projektgrenzen hinaus frühzeitig zu benennen und zu diskutieren.

Kostenreduktion und -teilung: Die finanziellen Ressourcen einer Kommune sind der entscheidende Rahmen, ob eine Maßnahme verstetigt werden kann. Mit anderen Kommunen zusammenarbeiten oder ein Modell zu entwickeln, das auf den Markt übertragbar ist, kann Kosten auf mehrere Schultern verteilen.

Die Studie erläutert das Vorgehen der Kommunen, wenn es zur Abwicklung kommt. Die Entscheidung zur Abwicklung sollte bewusst getroffen und kommuniziert werden. Dabei ist zu prüfen, was künftig integriert werden kann. Lernerfahrungen sollen dabei reflektiert und dokumentiert werden. Ob eine Maßnahme verstetigt oder abgewickelt wird, hängt von ihrer Wirksamkeit ab. Der Prozess dafür ist für jede Maßnahme individuell auszugestalten und sollte bereits in der Initialphase starten und parallel zur Umsetzung erfolgen. Da Verstetigung keine Reaktion ist, sondern ein kontinuierlicher Prozess, ist es hilfreich, die fünf Faktoren als Leitplanken zu nutzen, um zu prüfen bei welchen Faktoren es noch weiteren Handlungsbedarf gibt.



www.t1p.de/v043z
www.smart-city-dialog.de



Theresa Hohmann, M.A.

Dipl.-Ing. Jan Abt
 +49 30 39001-206
 abt@difu.de

Wie KI Städte effizienter und gerechter machen kann

KI kann Kommunen helfen, die drängenden Klima-, Infrastruktur- und Beteiligungsaufgaben zu bewältigen. Die Potenziale werden jedoch nur ausgeschöpft, wenn KI richtig eingesetzt wird. Eine neue Studie zeigt Praxisfälle und gibt Handlungsempfehlungen.



Foto: Goirnyk, stock.adobe.com

Vor dem Hintergrund von Fachkräftemangel, Bürokratieabbau und Ressourcenknappheit stellt sich die Frage, wie KI-Leistungen auch für die Stadtentwicklung nutzbar gemacht werden können. Das Deutsche Institut für Urbanistik (Difu) hat gemeinsam mit dem Fraunhofer Institut für Experimentelles Softwareengineering (IESE) und der Kanzlei Becker Büttner Held (bbh) eine praxisorientierte Studie vorgelegt, die untersucht, wie Künstliche Intelligenz sinnvoll in die integrierte Stadtentwicklung eingebettet werden kann. Auftraggeber ist das Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR).

Die Studie erläutert grundlegende KI-Konzepte und -Leistungen, analysiert Anwendungen und gibt Kommunen Orientierung für den souveränen Umgang. Im Fokus stehen organisatorische, technische und rechtliche Aspekte. Anhand von Fallbeispielen zeigt die Studie, wie unterschiedliche kommunale KI-Lösungen aussehen könnten: Bamberg setzt mit BaKIM auf den Einsatz in der Sicherung des kommunalen Baumbestandes: Durch die Klassifikation und Auswertung von Luftbildern hilft die KI, Pflegebedarfe bei Stadtbäumen frühzeitig zu erkennen. Konstanz baut mit AI4GRids auf eine intelligente Steuerung von Stromnetzen, um lokal erzeugte, erneuerbare Energie besser mit den Netzkapazitäten zu synchronisieren. Das in Hamburg eingesetzte Partizipationsmasterportal DIPAS_analytics wertet mithilfe von Sprachmodellen Rückmeldungen aus der Bevölkerung aus, erkennt und bündelt Themen

und verbessert somit Beteiligungsprozesse. Die Auswahl der Beispiele zeigt, dass es bereits übertragbare Lösungen gibt – allerdings sind sie nur dann skalierbar, wenn Kommunen verbindliche Standards, gemeinsame Schnittstellen und datenschutzkonforme Prozesse etablieren.

Die Studie gibt Kommunen einen Überblick über Praxisbeispiele mit Übertragungspotenzial. Ein rechtlicher Exkurs beleuchtet europäische Vorgaben des AI Acts zu Betreiberpflichten zum Datenschutz und verantwortungsvollen Umgang mit KI-Systemen. Die Handreichung unterstützt Kommunen, ihre Souveränität im Umgang mit KI zu erhöhen und deren Potenziale zu heben. Darüber hinaus gibt sie praktische Handlungsempfehlungen zur strategischen Integration. KI kann nur Wirkung entfalten, wenn die Strukturen, in die KI-Werkzeuge eingebettet werden, auch tragfähig sind.

Kernbotschaften der Studie sind, in einem ersten Schritt die Zielsetzung von KI-Anwendungen klären und danach mit ausreichend Verständnis von KI in Planungs- und Entscheidungsprozesse zu gehen. Zu den wesentlichen Bausteinen für eine zielgerichtete KI-Integration gehört die Entwicklung einer Datenstrategie, der vorausschauende Aufbau von Infrastrukturen und digitale Kompetenzen in der Verwaltung. Es ist wichtig, Expertise hinzuziehen und sich zu vernetzen. Mittlerweile gibt es vielw übertragbare Lösungen, die es weiterzuentwickeln gilt und für die ein gemeinsamer Standard zu definieren ist.



www.difu.de/19234



Dr. Karoline Krenn
+49 30 39001-144
krenn@difu.de

Lisa Dreier, M.Sc.
+49 30 39001-222
ldreier@difu.de



Holzbau: Element des Klimaschutzes und der Kreislaufwirtschaft

Bauen ist für hohen Ressourcenverbrauch, erhebliche THG-Emissionen und ein hohes Abfallaufkommen verantwortlich. Eine neue Difu-Studie zeigt, wie Kommunen mit Holzbau die nachhaltige Bauentwicklung und damit eine „Bauwende“ unterstützen können.

Für viele Kommunen steht die Frage im Raum, wie es möglich ist, einerseits Wohnungen, öffentliche Gebäude und Infrastrukturen zu bauen und andererseits die Ziele der ökologischen Nachhaltigkeit zu erreichen. Sie stehen vor der großen Herausforderung, Aspekte der Nachhaltigkeit mit dem Bau neuer Gebäude und Infrastrukturen in Einklang zu bringen. Holzbau kann ein Teil der Lösung sein.

Kommunen besitzen auf mehreren Ebenen die Möglichkeit, nachhaltige Bauweisen zu fördern. Neben der Entwicklung eigener Liegenschaften sind vor allem auch Planungsinstrumente zu nennen. Durch den Einsatz von Holz können klimaschädliche Baumaterialien wie Beton eingespart werden, da Holz nicht nur als Oberflächenmaterial, sondern auch als Tragwerksmaterial eingesetzt werden kann. Darüber hinaus ist Holz ein nachwachsender Rohstoff, dient als CO₂-Speicher und ist regional verfügbar. Holz dämmt gut, ist für schmale Wände geeignet und hat ein geringes Gewicht. Es ist somit ein guter Baustoff für Aufstockungen, Sanierungen und Baulückenschließungen und kann daher die flächensparende Innenentwicklung in Kommunen voranbringen. Vorfertigungen sind hier Standard, weshalb Holzkonstruktionen schnell aufgebaut werden können. Je nach Verbindungsart ist ein leichter Rückbau möglich, was Wiederverwendung und Recycling erleichtert. Daneben besitzt Holz auch räumliche und gestalterische Qualitäten.

Die Studie geht zunächst auf Herausforderungen im Bausektor – mit Blick auf umweltrelevante Aspekte wie Ressourcen, Klimaschutz und Abfallströme – sowie auf Bedarfe und Zielkonflikte ein. All diese Punkte führen zur Frage, wie das Bauen transformiert und neu gedacht werden kann. Die Analyse zeigt, dass Bauen von Gebäuden und Infrastrukturen mit nachwachsenden Rohstoffen wie Holz für den Ressourcen- und Klimaschutz aber auch für die regionale Wirtschaft und Bioökonomie Vorteile bieten kann. Vor allem werden Möglichkeiten beleuchtet, mit denen Kommunen Einfluss auf die Nutzung von Holz im Bausektor nehmen können, weshalb neben einem kommunalen „Werkzeugkasten“ auch „Wege zur Umsetzung“ beschrieben werden. Beispiele aus der Praxis zeigen verschiedene in Planung stehende und bereits umgesetzte Holzbauprojekte. Die Ausführungen werden ergänzt durch zahlreiche Informationsboxen, welche Details aufzeigen oder weitere Hinweise zum Thema Holzbau geben. Der Band endet mit Handlungsempfehlungen und einem Fazit.

Mit der in der Reihe der Difu-Impulse erschienenen Veröffentlichung erhalten interessierte Kommunen neue und vielfältige Anregungen zum nachhaltigen Bauen mit Holz. Und es zeigt sich, dass viele Kommunen die Nutzung von Holz bereits als festen Bestandteil ihrer Klimaschutz- und Kreislaufwirtschaftsaktivitäten sehen.

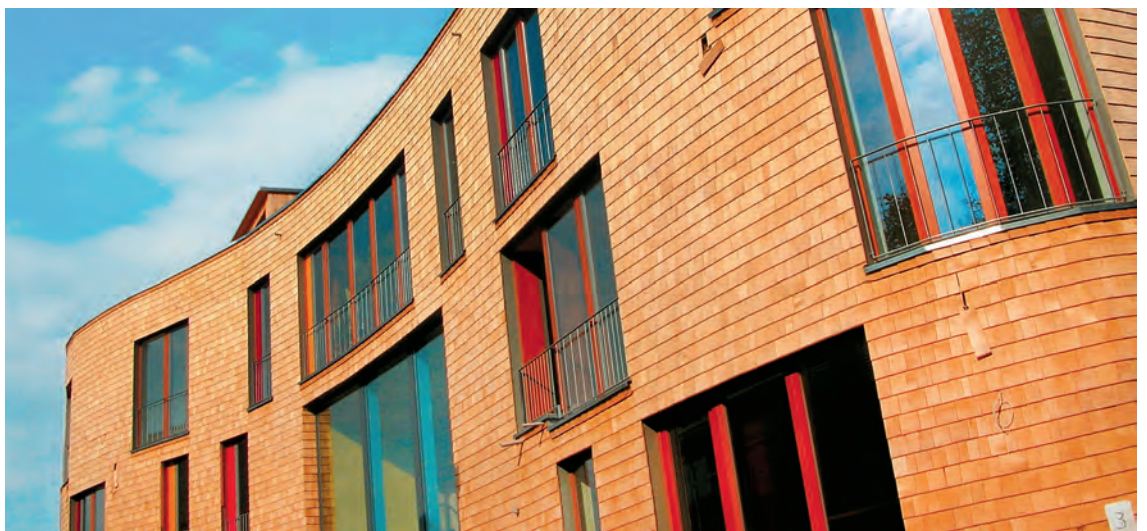


Foto: danielschoenen, stock.adobe.com



www.difu.de/publikationen



Dipl.-Ing. (FH)
Maic Verbücheln
+49 30 39001-263
verbuecheln@difu.de

Praxislösungen für Kommunen im strukturellen Wandel

Zum Abschluss der BMFTR-Fördermaßnahmen „Kommunen innovativ“ und „REGION. innovativ-Kreislaufwirtschaft“ veröffentlicht das Difu ein Handbuch mit rund 130 praxisnahen Beiträgen für eine zukunftsfähige kommunale Entwicklung.

Der demografische und strukturelle Wandel stellt Kommunen und Regionen vor wachsende Herausforderungen. Um diese zu bewältigen sind sie gefordert, neue Wege zu beschreiten, innovative Konzepte zu entwickeln sowie zukunftsweisende Instrumente und Methoden zu erproben – und umzusetzen. Die Fördermaßnahmen „Kommunen innovativ“ und „REGION. innovativ – Kreislaufwirtschaft“ des Bundesministeriums für Forschung, Technologie und Raumfahrt (BMFTR) ermöglichten von 2016 bis 2025 bundesweit 47 Verbundvorhaben die hierfür notwendigen Experimentier- und Freiräume.

Mit den beiden Fördermaßnahmen unterstützte das BMFTR Forschungs- und Entwicklungsvorhaben, um die Innovationsfähigkeit der Kommunen in strukturschwachen Regionen zu stärken. Die Förderung war so konzipiert, dass gute Ideen für eine zukunftsfähige Gestaltung von Städten, Gemeinden und Regionen und somit Schritte zur notwendigen Transformation nicht an Sach-

wie die Fragestellungen und Themen, die die Projektteams im Förderzeitraum bearbeiteten. Mit lokal angepassten Lösungskonzepten tragen die Vorhaben sowohl zu den bundespolitischen Zielen der Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse sowie zur Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie bei.

Zum Abschluss der Fördermaßnahmen bündelte das Forschungsteam des Begleitvorhabens „KomKomIn“ die Erkenntnisse aus neun Jahren Forschung in dem Handbuch „Zukunftsfähige Kommunen“. Dieses präsentiert in über 130 Beiträgen Ergebnisse, Lösungen, Instrumente und Anregungen für die kommunale Praxis, die in den beiden Fördermaßnahmen entstanden sind. Die thematische Breite ist groß: So wurden in den Vorhaben Konzepte, Organisationsformen und Finanzierungsvorschläge zur Sicherung der Daseinsvorsorge entwickelt. Projektbeteiligte erarbeiteten ein breites methodisches Spektrum zur Stärkung der Stadtzentren und Ortskerne als lebendige Wohn- und Lebensorte. Sie befassten sich mit Konzepten zur aktiven Nutzung der Chancen einer vielfältigen Gesellschaft in strukturschwachen Regionen, suchten Wege, neue Beschäftigungspotenziale zu erschließen und entwickelten neue Technologien und innovative Prozesse einer Kreislaufwirtschaft. Mit Blick auf die kommunale Verwaltung standen interkommunale Lösungen für Kommunen ebenso wie die Erprobung und Etablierung eines neuen Verwaltungshandeln und die Weiterentwicklung von Allianzen mit neuen Partnern auf der Forschungsagenda. Methodische Beiträge befassen sich mit der zielgerichteten Aufbereitung bestehender kommunaler und regionaler Datenbestände. Die Kooperation mit der Wissenschaft eröffnete den mitwirkenden Städten, Gemeinden und Regionen bisher kaum vorhandene experimentelle Freiräume, die gemeinsam reflektiert und bewertet wurden.

Die kurzen Beiträge des Handbuchs bieten Anregungen sowie Lösungen für eine zukunftsorientierte Kommunalentwicklung. Das Handbuch steht sowohl als Sammelband zum Download zur Verfügung als auch digital auf der Webseite der Fördermaßnahmen. Dort können die Beiträge entlang von Kernthemen einer zukunftsorientierten Kommunalentwicklung gefiltert werden.



Foto: protectnature, stock.adobe.com

zwängen, knappen Ressourcen und Zeitmangel scheitern. Dies ermöglichte den Kommunen und Regionen, neue Gestaltungsspielräume zu öffnen und die strukturellen Veränderungen aktiv mitzugestalten. Wissen, Vernetzung, Kommunikation und Beteiligung erwiesen sich dabei als Schlüsselfaktoren in der Entwicklung neuer Konzepte zur Bewältigung zukünftiger Veränderungen in den Regionen.

Die Ausgangslagen der beteiligten Städte, Gemeinden und Regionen waren ebenso vielfältig



www.difu.de/19160
www.t1p.de/713i2



Dr. rer. pol.
Stephanie Bock
+49 30 39001-189
bock@difu.de

Julia Diringer, M.Sc.
+49 30 39001-283
diringer@difu.de

UN-Nachhaltigkeitsziele: Difu bringt kommunale Sicht in Staatenbericht ein

Das Difu hat mit Kommunen und Partnerorganisationen einen Bericht erstellt, der die nachhaltige Entwicklung in Deutschland zeigt. Der „Voluntary Local Government Review“ wurde in Deutschlands Staatenbericht aufgenommen und in New York vorgestellt.

Wie weit sind Deutschlands Kommunen bei der Umsetzung der nachhaltigen Entwicklung? Am 22.7.2025 berichtete die Bundesregierung im Rahmen des Voluntary National Review (VNR) über Deutschlands Fortschritte bei der Umsetzung der Agenda 2030 und ihrer 17 SDGs (Sustainable Development Goals). Erstmals wurde dabei die kommunale Ebene umfassend berücksichtigt. Um den Prozess aktiv zu begleiten und die Perspektiven der Kommunen sichtbar zu machen, haben die Städte Bonn, Hamburg, Mannheim und Stuttgart die Erstellung eines Voluntary Local Government Review (VLGR) initiiert.



Foto: hogehoge511, stock.adobe.com

Ziel des Begleitberichts ist es, das Spektrum der Aktivitäten deutscher Kommunen darzustellen und der lokalen Ebene eine starke, Stimme im nationalen Nachhaltigkeitsdiskurs zu geben.

Der VLGR 2025 wurde vom Deutschen Institut für Urbanistik (Difu) in Kooperation mit den kommunalen Spitzenverbänden und dem Weltstädteverband UCLG erarbeitet. Kern des Berichts sind Beiträge von 15 deutschen Kommunen, die ihre Fortschrittsberichte an die UN als „Voluntary Local Reviews“ (VLRs) übermittelt haben. Die Steckbriefe bieten einen kompakten Überblick der Fortschritte, Herausforderungen und innovativen Initiativen, die in den jeweiligen Kommunen verfolgt werden. Das Difu steuerte zum Bericht eine Auswertung der aktuellen Rahmenbedingungen für kommunales Nachhaltigkeitsengagement und die Analyse der SDG-Indikatoren für Kommunen in Deutschland bei.

Der VLGR zeigt, dass hunderte Kommunen bereits Nachhaltigkeitsstrategien entwickelt und ihre Fortschritte gemessen haben, z.B. mit dem Berichtsrahmen Nachhaltige Kommunen (BNK). Zentral ist die Integration von Zielen, Maßnahmen und Indikatoren in den Haushalt, um das Engagement zu verstetigen. Thematisch lässt sich in den meisten Kommunen ein gemeinsamer „Schwerpunkt Klimaschutz“ identifizieren, verbunden mit hohen Zielen der Klimaneutralität und Umsetzungsmaßnahmen in den Bereichen erneuerbare Energien, nachhaltige Mobilität, energieeffizientes Bauen – sie alle sind wichtig für eine effektive nachhaltige Entwicklung. Der Bericht zeigt zudem, dass Nachhaltigkeit über lokale Grenzen hinausgeht. So wird das Prinzip „Global denken, lokal handeln“ besonders in den Bereichen fairer Handel und globale Partnerschaften deutlich. Die meisten Kommunen engagieren sich in der fairen Beschaffung und pflegen mehr als 800 kommunale Nachhaltigkeitspartnerschaften mit lokalen Akteuren im Globalen Süden. Dabei setzen Kommunen auf Beteiligungsprozesse, die in Nachhaltigkeitsräten oder Steuerungsgruppen koordiniert werden.

Trotz positiver Wirkungen in einigen SDGs bleiben zentrale Herausforderungen: Wohnraum, Fläche und Mobilität sind nach wie vor Themen, die den Gesamtfortschritt hemmen. Diese sind oft Ausdruck von Zielkonflikten, die sich in Kommunen besonders zeigen. Viele negative, aber auch positive Wirkungen lassen sich aufgrund der derzeitigen Datenlage noch nicht bewerten. Eine bessere Kooperation zwischen Bund, Ländern und Kommunen kann das kommunale Nachhaltigkeitsengagement in den kommenden Jahren der Agenda 2030 so in die Breite tragen und weiterentwickeln, dass die notwendige Wirkung entfaltet wird.

Die zentralen Ergebnisse des Fortschrittsberichts wurden im Rahmen des Hochrangigen Politischen Forums (High Level Political Forum, HLPF) der UN in New York vorgestellt. Das HLPF ist die globale Plattform zum Überprüfen des Fortschritts der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung. Neben Deutschland stellten dieses Jahr 36 weitere Länder ihre Fortschritte vor. Dass die Kommunen so ausführlich im Fortschrittsbericht verankert sind, markiert einen Meilenstein für die Nachhaltigkeitspolitik in Deutschland.



www.difu.de/19136



Oliver Peters, M.Sc.
+49 30 39001-204
opeters@difu.de

Moderne Stadtgeschichte: Die Stadt und der Tod

Das aktuelle Heft der Zeitschrift „Moderne Stadtgeschichte“ (MSG) bietet einen breiten Überblick darüber, wie städtische Räume und kulturelle Praktiken im Spannungsfeld von Tod, Erinnerung und Identität in der Geschichte miteinander verflochten waren.

Das Heft verdeutlicht, dass städtische Trauerräume kulturelle Projektionsflächen sind, in denen sich Macht, Identität und soziale Unterschiede verdichten. Religiöse Diversität, Säkularisierung und Urbanisierung wirkten dabei seit dem 19. Jahrhundert als treibende Kräfte für die ständige Neuformung von Bestattungs- und Erinnerungskulturen in der Stadt.

In ihrer Einleitung betonen Martin Christ und Dieter Schott die zentrale Rolle des Todes in urbanen Umwelten. Bestattungsrituale und öffentliche Zeremonien fungieren als kulturelle Spiegel für Status, Geschlecht, Alter und historische Narrative. Sie sind damit unverzichtbar für das Verständnis städtischer Kulturgeschichte. Norbert Fischer beschreibt die Entwicklung von Friedhöfen als gestaltete Parklandschaften – von den ästhetischen Konzepten des deutschen Dichters Friedrich Gottlieb Klopstock und des französischsprachigen Philosophen Jean-Jaques Rousseau über die landschaftsplanerischen Ideen des Gartentheoretikers Christian Cay Lorenz Hirschfeld bis hin zu modernen Natur- und Baumbestattungen. Fischer verdeutlicht, wie sich urbane Umwelt, Ästhetik und Erinnerung im Friedhofsdesign über die Jahrhunderte eng verzahnt haben.



Foto: neidetzken, stock.adobe.com

gefallenen Revolutionären und den Opfern der Choleraepidemien 1848/49. Während die Märzgefallenen bleibende Symbolkraft entwickelten, blieb das Leid der Seuchenopfer weitgehend ohne nachhaltige öffentliche Erinnerung. Kümmel untersucht, wie öffentliche Trauerzeremonien von der Französischen Revolution bis ins 20. Jahrhundert in Paris, London und Berlin städtische Räume temporär politisch formten. Trauerzüge, Aufbahrungen und dekorative Kulissen wurden zu Inszenierungen kollektiver Trauer und politischer Repräsentation, die urbane Topographien symbolisch aufluden.

Benedikt Brunner richtet in seinem Beitrag den Blick auf die Debatte um Säkularisierung und Urbanisierung seit den 1960er-Jahren, ausgehend von Harvey G. Cox' Werk „Stadt ohne Gott“. Er diskutiert, wie sich christliche Vorstellungen von Tod und Sterben an die Bedingungen moderner Städte anpassen sollten, und verweist auf bleibende Fragen nach Sichtbarkeit und Zugänglichkeit christlichen Sterbens in einer pluralistischen urbanen Gesellschaft. Carolin Kosuch widmet sich Rom im 19. Jahrhundert und zeigt, wie auf dem Cimitero acattolico (Protestantischer Friedhof) und im Verano-Krematorium alternative, säkulare Erinnerungsräume entstanden, wie etwa für den britischen Schriftsteller Percy Bysshe Shelley oder den niederländischen Arzt und Physiologen Jakob Moleschott, wobei Feuerbestattungen ein modernes, nichtkirchliches Selbstverständnis im Risorgimento zum Ausdruck brachten.

Mit der Bestattung von religiösen Minderheiten beschäftigen sich die Beiträge von Martin Christ und Bethany M. Wade. Christ rekonstruiert die Gründung des „Jewish Burial Ground“ in Wolverhampton (1851) als Beispiel dafür, wie eine kleine jüdische Gemeinschaft durch gezielte Intervention städtische Entscheidungen beeinflusste und einen eigenen Bestattungsraum durchsetzte – ein Indikator für den Wandel der Stellung religiöser Minderheiten im 19. Jahrhundert. Wade kontrastiert den repräsentativen Cementerio de Cristóbal Colón in Havanna mit dem marginalisierten Cementerio Chino und zeigt, wie Friedhöfe als symbolische und kulturelle Aushandlungsorte Minderheiten im kolonialen Stadtgefüge Raum zur Selbstbehauptung boten.

Die weiteren Beiträge von Rüdiger Hachtmann und Verena Kümmel fokussieren auf öffentliche Trauerfeiern und deren Einfluss auf die städtische Erinnerungskultur. So beleuchtet Hachtmann den Unterschied im kollektiven Gedächtnis zwischen den im Barrikadenkampf am 18. März 1848



www.difu.de/19116



PD Dr. Christoph Lorke
Christoph.Lorke@lwl.org

Ankerorte des digitalen Wandels

Im Fokus des Projekts stehen digitale Lern- und Beteiligungsorte – wie Stadtlabore, Makerspaces und Smart-City-Büros.

Ankerorte des digitalen Wandels



www.difu.de/19050



Dipl.-Ing. Jan Abt
+49 30 39001-206
abt@difu.de



Foto: Seventyfour, stock.adobe.com

Digitalisierung und die Entwicklung zur Smart City betreffen Bürger:innen in ihrem Lebensalltag. Es braucht begleitende Instrumente für Teilhabe und Mitgestaltung bei der digitalen Transformation sowie neue Angebote, um digitale Kompetenzen zu entwickeln und lebenslanges Lernen zu fördern.

Hierfür richten viele Kommunen physische Orte ein, in denen Teilhabe, Mitgestaltung und Kompetenzentwicklung ihren Raum finden. Diese Orte tragen unterschiedliche Namen: Regio-Hubs, Stadtlabore, Innovationsräume, Maker-Spaces oder digitale Dorfbüros. Für all diese Orte bietet das vom Difu entwickelte Konzept der „Ankerorte des digitalen Wandels“ einen Rahmen. Das Difu vertieft dieses Konzept nun in einem neuen Projekt – gefördert durch das Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen.

Ziel des Projektes ist es, die Inhalte und Typen der Ankerorte des digitalen Wandels zu charakterisieren und ihre Aufgaben und Möglichkeiten zu skizzieren. Im Fokus stehen die mehr als 50 Ankerorte, die im Rahmen der Förderung der Modellprojekte Smart Cities (MPSC) entstanden sind. Das Difu-Forschungsteam erarbeitet gemeinsame Prinzipien dieser Angebote heraus und skizziert die Mehrwerte bei der Entwicklung einer smarten Stadt oder Region.

Die Studie soll anderen Kommunen als Entscheidungshilfe dienen, die Bandbreite der Ankerort-Konzepte aufbereiten und konkrete Handlungsempfehlungen für kommunale Akteur:innen liefern. Das Projekt soll dazu beitragen, Orte zu schaffen, die Mitwirkung und Teilhabe an der Smart City stärken.

Blue Green City Coaching



www.difu.de/19025



Dipl.-Soz.
Jan Hendrik Trapp
+49 30 39001-210
trapp@difu.de

Blue Green City Coaching

Das Difu koordiniert Coachingprozesse zur Implementierung blau-grüner Infrastrukturen in zehn kleineren Großstädten.



Foto: Animaflora PiesStock, stock.adobe.com

Der Klimawandel setzt unsere Städte unter hohen Anpassungsdruck. Hitze, Dürre, Starkregen und Überflutungen wirken auf Städte und ihre Bewohner*innen ein. Ein probates Mittel zur Anpassung urbaner Räume an die Folgen des Klimawandels sind blau-grüne Infrastrukturen – „nature-based solutions“ – wie Gründächer, Baumrigolen oder auch Grünflächen und Gewässer. Kommunale Praxis, Politik und Wissenschaft sind sich einig, dass ihr Ausbau und multifunktionale Integration in die Stadtentwicklung notwendig sind, um Städte und ihr Umland klimaresilient zu gestalten. Gleichzeitig bieten blau-grüne Infrastrukturen viele positive Effekte wie z.B. ein Absenken der Temperatur an Hitzetagen, die Erhöhung der Biodiversität und eine verbesserte Aufenthaltsqualität in öffentlichen Räumen. Dennoch werden blau-grüne Infrastrukturen noch unzureichend in kommunalen Planungsprozessen berücksichtigt und implementiert.

Hier setzt das Projekt Blue Green City Coaching (BGCC) an: Ziel des Vorhabens ist die Stärkung der urbanen Klimaresilienz. Dazu unterstützt das Difu im Rahmen von Coachingprozessen kommunale Vertreter*innen, Implementationsstrategien für blau-grüne Infrastrukturen in ihrer Stadt zu entwickeln. Grundlage bildet die BGCC-Toolbox, eine Arbeitshilfe zur Bündelung relevanter Informationen und praktischer Tools für die Planung und Implementierung blau-grüner Infrastrukturen.

Das Forschungsprojekt des Umweltbundesamtes wird vom BMUV aus Mitteln des Aktionsprogramms Natürlicher Klimaschutz (ANK) gefördert und vom Helmholtz-Zentrum für Umweltforschung GmbH – UFZ in Kooperation mit Fresh Thoughts und dem Difu umgesetzt.

Urbaner Digitaler Zwilling

Begriffe aus der kommunalen Szene,
einfach erklärt.

Urbane Digitale Zwillinge sind virtuelle Abbildungen einer Stadt oder einzelner Stadtteile. Sie enthalten verschiedene Informationen zu Infrastruktur, Gebäuden, Verkehr, Energie- und Versorgungsnetzen sowie kommunalen Prozessen und Datensätzen. UDZ erfassen, verarbeiten und verknüpfen Daten unterschiedlicher Quellen und Akteur:innen aus dem realen sowie dem virtuellen Raum. So ermöglichen sie einen umfassenden, aktuellen und interaktiven Blick auf städtische Prozesse und den Zustand der städtischen Infrastruktur.

Die Integration von Echtzeit-Daten, die Durchführung (teil-)automatisierter Datenanalysen sowie der Einsatz von KI ermöglichen die Analyse des aktuellen Zustands oder die Rekonstruktion vergangener Ereignisse. Zudem erlauben sie die Simulation von Szenarien – etwa die Wirkung von Sanierungsmaßnahmen, die Umgestaltung öffentlicher Räume oder die Transformation von Wärmenetzen. UDZ werden je nach Anwendungsfall auf unterschiedlichen Ebenen eingesetzt, von einzelnen Gebäuden über Quartiere, spezifische Planungsaufgaben und -Prozesse bis hin zu ganzen Städten oder Regionen.

„Urbane Digitale Zwillinge sind mehr als Modelle – sie sind effektive digitale Werkzeuge für eine datenbasierte, vorausschauende und klimaresiliente Stadtplanung.“

UDZ fungieren als Analyseplattform, als automatisiertes Bewertungstool und als Simulationstechnologie für Planungsvarianten – dies erleichtert eine flexible, datenbasierte Steuerung von Stadtentwicklungsprozessen. Damit sind UDZ ein wichtiges Werkzeug für eine nachhaltige und zukunftsfähige Stadtplanung.

Die Darstellung von UDZ in 3D-Modellen ermöglicht es, Fachdaten auch für die breite Öffentlichkeit verständlich zu visualisieren. So können auch Bürger:innen komplexe Zusammenhänge und daraus abgeleitete Entscheidungen besser nachvollziehen.



Weitere Begriffe online:
www.difu.de/6189



Edition Difu – Stadt Forschung Praxis

Kreislaufstadt – Chancen für Resilienz und Wertschöpfung **NEU**

Ergebnisse aus der Difu-Gemeinschaftsstudie
und Leitfaden für Kommunen

S. Wagner-Endres, O. Peters, H. Gieseler,
V. Liedloff, M. Munzert, H. Scheller
2025, Bd. 20, 244 S., nur online

➔ www.difu.de/19175

Radverkehr und Verkehrswende

Eine Geschichte von Gegenwind und
Rückenwind

Tilman Bracher

2021, Bd. 19, 168 S., zahlreiche Abb., Print 34 €,

Download kostenlos

ISBN 978-3-88118-680-3

➔ www.difu.de/16867

So geht's

Fußverkehr in Städten neu denken und umsetzen

Uta Bauer (Hrsg.)

2019, Bd. 18, 240 S., vierfarbig, Print 39 €,

Download kostenlos

ISBN 978-3-88118-643-8

➔ www.difu.de/12984

Vielfalt gestalten

Integration und Stadtentwicklung in

Klein- und Mittelstädten

Bettina Reimann u.a. (Hrsg.)

2018, Bd. 17, 364 S., kostenlos

ISBN 978-3-88118-618-6

➔ www.difu.de/12236

Wasserinfrastruktur: Den Wandel gestalten

Technische Varianten, räumliche Potenziale,
institutionelle Spielräume

Martina Winker und Jan Hendrik Trapp (Hrsg.),

2017, Bd. 16, 272 S., vierfarbig, Print 39 €,

Download kostenlos

ISBN 978-3-88118-584-4

➔ www.difu.de/11299

Kommunaler Umgang mit Gentrifizierung

Praxiserfahrungen aus acht Kommunen

Thomas Franke u.a., 2017, Bd. 15, 312 S.,

vierfarbig, zahlreiche Abb., Print 39 €,

Download kostenlos

ISBN 978-3-88118-579-0

➔ www.difu.de/11026

Städtebauliche Verträge – Ein Handbuch

Vierte, aktualisierte Auflage. Mit Berücksichti-
gung der BauGB-Novelle 2013

A. Bunzel, D. Coulmas und G. Schmidt-

Eichstaedt, 2013, Bd. 12, 466 S., Print 39 €,

Download kostenlos

ISBN 978-3-88118-508-0

➔ www.difu.de/9002

Difu Arbeitshilfen

Verfahren zur Aufstellung von Bebauungsplänen

3., grundlegend überarbeitete Auflage unter
Berücksichtigung des Baulandmobilisierungs-
gesetzes

M.-L. Wallraven-Lindl und A. Uhmann

2022, 224 S., Print 39 €

ISBN 978-3-88118-682-7, **eBOOK** 33,99 €

➔ www.difu.de/17149

Difu Impulse

Bauen mit Holz – Klimaschutz und Kreis- laufwirtschaft im Fokus **NEU**

Kommunale Instrumente und Beispiele aus der
Praxis

Maic Verbücheln, Justine Schäuble

Bd. 7/2025, ca. 60 S., nur online, in Vorbereitung

➔ www.difu.de/publikationen

Haltstellenumfelder aus Nutzendenpers- pektive: mehr als nur ein-, um- und aus- steigen **NEU**

Ergebnisse aus dem EU-Projekt EASIER

Jan-Philipp Mesenbrock, Heike Marquart

Bd. 6/2025, ca. 25 S., nur online, in Vorbereitung

➔ www.difu.de/publikationen

Struktur, Kooperation und Aufgaben in der kommunalen Kulturarbeit **NEU**

Qualitative Einblicke in die Arbeit der Kreiskul-
turverwaltungen

Julia Diringer, Franciska Frölich von

Bodelschwingh, Beate Hollbach-Grömig

Bd. 5/2025, 41 S., nur online

➔ www.difu.de/19252

Konzept zur Reduzierung des Wirtschafts- verkehrs in Berlin Friedrichshain-Kreuz- berg **NEU**

Wirtschaftsverkehr in Friedrichshain-Kreuzberg
zukunftsicher und krisenfest gestalten

Carina Heinz

Bd. 4/2025, 151 S., nur online, in Vorbereitung

➔ www.difu.de/19253

Hitzeaktionspläne in der kommunalen Praxis

Verbundvorhaben DAS: Anwendung der Hand-
lungsempfehlungen für die Erstellung von

Hitzeaktionsplänen in der kommunalen Praxis

(Plan°C)

Moritz Ochsmann

Bd. 3/2025, 61 S., nur online

➔ www.difu.de/19032

Übersicht aller Publikationen + Bestellmöglichkeit

www.difu.de/publikationen

Vertrieb: Difu gGmbH, Zimmerstraße 13-15, 10969 Berlin,

Tel. +49 30 39001-127, Mail: vertrieb@difu.de

Alle Difu-Veröffentlichungen und -eBooks sind für Difu-Zuwender kostenlos.

Nachhaltige Kunststoffkreisläufe: regionale Vermeidungs- und Substituti- onsstrategien

Das Projekt „reGIOfecycle“ – 2. Teil Umsetzungs-
phase (2023–2025)

M. Verbücheln u.a., Bd. 2/2025, 58 S., nur online

➔ www.difu.de/19027

Ansätze und Herausforderungen im Klimaschutz-Monitoring

Erfahrungen aus der kommunalen Praxis

Marco Peters, Paul Ratz, Franziska Wittkötter

Bd. 8/2024, 31 S., nur online

➔ www.difu.de/18847

Difu Policy Papers

Kreislaufstadt **NEU**

Kommunale Kreislaufwirtschaft strategisch und
gemeinschaftlich umsetzen

Sandra Wagner-Endres, Oliver Peters, Marie

Munzert, Valeska Liedloff

2025, ca. 20 S., nur online

➔ www.difu.de/19255

Krisenmanagement als kommunale Daueraufgabe?

Zum kommunalen Handeln zwischen Regel-
strukturen im Normalbetrieb, Transformations-
erfordernissen und permanentem Krisenma-
nagement

Lawrence Schätzle, Jan Hendrik Trapp

2025, Bd. 7, 33 S., nur online

➔ www.difu.de/19162

Das Klima schützen, die Energiewende gestalten, dem Klimawandel begegnen

Maßnahmen, Erfolge, Herausforderungen und
Entwicklungen – Ergebnisse der Difu-Umfrage
2024

Mascha Overath, Cornelia Rösler

2025, Bd. 6, 32 S., nur online

➔ www.difu.de/19073

Verkehrsberuhigung und Einzelhandel: Dann wird's laut

U. Bauer, M. Christ, L. Sönksen, L. G. Pfitzinger

2025, Bd. 5, 25 S., nur online

➔ www.difu.de/18926

Kommunale Klimaschutzfinanzierung auf neue Füße stellen: Einführung einer neuen Gemeinschaftsaufgabe

Carsten Kühl, Henrik Scheller

2025, Bd. 4, 23 S., nur online

➔ www.difu.de/18853

Sonderveröffentlichungen

Von der innovativen Idee in den Regelbetrieb **NEU**

Fünf zentrale Faktoren als Planungshilfen für den Verstetigungsprozess von Smart-City-Maßnahmen

T. Hohmann, C. Kayser, J. Abt, BBSR (Hrsg.)

2025, 52 S., online und Print

➔ www.difu.de/19254

Zur Perspektive von Sustainable Finance und Nachhaltigkeitsberichterstattung auf kommunaler Ebene **NEU**

S. Brilon, C. Raffer, KfW Bankengruppe (Hrsg.)

2025, 8 S., nur online

➔ www.difu.de/19245

Künstliche Intelligenz in smarten Städten und Regionen **NEU**

Innovative KI-Anwendungen für die Stadtentwicklung

Karoline Krenn, Lisa Dreier, Nora Hunger u.a., BBSR (Hrsg.)

2025, 84 S., online und Print

➔ www.difu.de/19238

BISKO Bilanzierungssystematik Kommunal **NEU**

Methoden und Daten für die kommunale Treibhausgasbilanzierung, 6. Auflage
Agentur für kommunalen Klimaschutz am Difu (Hrsg.)

2025, 38 S., nur online

➔ www.difu.de/19233

Klimafreundlicher Umbau des Einfamilienhausbestandes – Chancen für eine sozialverträgliche Stadt- und Gemeindeentwicklung **NEU**

Arbeitskreis Kommunaler Klimaschutz, Difu (Hrsg.)

2025, 14 S., nur online

➔ www.difu.de/19232

Hilfestellung zur Interpretation der kommunalen Treibhausgasbilanz für das Jahr 2023 **NEU**

Nicole Rogge, Difu, ifeu (Hrsg.)

2025, 6 S., nur online

➔ www.difu.de/19196

Mal nachgefragt! Interviews zu Herausforderungen im Klimaschutz **NEU**

Difu (Hrsg.)

2025, 5 S., nur online

➔ www.difu.de/19198

SDG-Indikatoren für Kommunen **NEU**

Indikatoren zur Abbildung der Sustainable Development Goals der Vereinten Nationen in deutschen Kommunen. 4. Auflage
Oliver Peters, Johanna Neu

2025, 89 S., nur online

➔ www.difu.de/19199

interkommunalMobil – Nachhaltige Mobilität in ländlichen Regionen und deren Verflechtungsräumen **NEU**

Weiterentwicklung von Planungsinstrumenten, Organisationsformen und finanziellen Rahmenbedingungen für eine integrierte Mobilitätsplanung

Lisa Ruhrort, Timo Barwisch, Felix Kühnel, UBA (Hrsg.)

2025, 231 S., nur online

➔ www.difu.de/19179

Kommunaler Finanzreport 2025 **NEU**

Knappe Kassen, große Aufgaben

Ronny Freier, René Geißler, Christian Raffer, Henrik Scheller, Bertelsmann Stiftung (Hrsg.)

2025, 122 S., nur online

➔ www.difu.de/19159

Zukunftsfähige Kommunen **NEU**

Lösungen für Städte, Gemeinden und Regionen im Wandel. Ergebnisse der BMBF-Fördermaßnahmen „Kommunen innovativ“ und „REGION. innovativ – Kreislaufwirtschaft“

J. Abt, L. Blecken, S. Bock, J. Burgold, J. Diringer, K. Fahrenkrug, W.-C. Strauss

2025, 572 S., nur online

➔ www.difu.de/19160

Die Stadt der Viertelstunde

Björn Schwarze, Klaus Spiekermann, Uta Bauer, Jannik Lohaus, Joachim Scheiner, BBSR (Hrsg.)

2025, 114 S., nur online

➔ www.difu.de/19127

SDG-Maßnahmen für Kommunen

Kommunaltypen und Handlungsempfehlungen
Valeska Liedloff, Marie Munzert, Oliver Peters, Bertelsmann Stiftung (Hrsg.), 2. Auflage, zahlreiche Tabellen und Abbildungen, 153 S., 2025, nur online

➔ www.difu.de/19108

KfW-Kommunalpanel 2025

Christian Raffer, Henrik Scheller, Frida von Zahn
KfW Bankengruppe (Hrsg.)

2025, 41 S., nur online

➔ www.difu.de/19098

Umwelt im Quartier

Fachliche Grundlagen für eine Strategie zur kommunalen Nachhaltigkeit und Entwicklung eines Kommunikationskonzeptes

Thomas Preuß, Daniela Michalski, Robert Riechel, Maic Verbücheln u.a.

2025, 124 S., nur online

➔ www.difu.de/19035

Rekorddefizit und Zukunftssorgen: zur aktuellen Lage der kommunalen Haushalte

Christian Raffer u.a.

2025, 3 S., nur online

➔ www.difu.de/19001

OB-Barometer 2025

Carsten Kühl, Beate Hollbach-Grömig, Difu (Hrsg.)

2025, 4 S., nur online

➔ www.difu.de/18969

Aktuelle verkehrsrechtliche Entscheidungen

Neuer Schub für die kommunale Mobilitätswende

Anne Klein-Hitpaß u.a., ARL (Hrsg.)

2025, 24 S., nur online

➔ www.difu.de/18923

Innenstädte, Stadt- und Ortsteilzentren als neue Orte produktiver Arbeit

R. Pätzold, S. Wagner-Endres u.a., BBSR (Hrsg.)

2024, 155 S., nur online

➔ www.difu.de/18870

Nach der Flutkatastrophe: Chance für Veränderung

Ein Praxisleitfaden mit Strategien und Beispielen für Kommunen

Daniela Michalski u.a.

2025, 65 S., online und print

➔ www.difu.de/18902

Kommunale Sportstätten: große Bedeutung und hoher Investitionsbedarf

S. Brilon, C. Raffer, F. von Zahn, KfW (Hrsg.)

2025, 6 S., nur online

➔ www.difu.de/18845

Studie zu Experimentierräumen und Ansätzen nachhaltiger Verkehrspolitik

Victoria Reichow, Jannik Lohaus, J. Emmanuel Bakaba, GDV (Hrsg.)

2025, 98 S., nur online

➔ www.difu.de/18905

Kommunale Radverkehrsförderung beschleunigen – Planungsprozesse optimieren

Ergebnisse und Empfehlungen des BMBF-Forschungsprojekts KoRa. Abschlussbericht
Martina Hertel u.a.

2024, 60 S., nur online

➔ www.difu.de/18723

Zeitschrift

Die Stadt und der Tod

Moderne Stadtgeschichte

MSG, Heft 1/2025, 236 S., kostenlos, nur online

➔ www.t1p.de/d633l

Die Stadt als Ort der Erinnerung an den Nationalsozialismus und seiner Verbrechen

Moderne Stadtgeschichte

MSG, Heft 2/2024, 233 S., kostenlos, nur online

➔ www.t1p.de/0wmj4



Foto: Marcus Sielaff

Difu-Beitritt: Viele Vorteile für Kommunen, Verbände und Planungsgemeinschaften

Modernes Stadtmanagement erfordert fundierte, aktuelle Kenntnisse in allen kommunal relevanten Gebieten. Für viele Städte ist es finanziell nicht möglich, eigene Forschung und Fortbildung zu betreiben. Ohne entsprechendes Hintergrundwissen ist die Entscheidungsfindung jedoch erschwert. Hier setzt die Arbeit des Instituts an. Als Forschungs- und Fortbildungsinstitut der deutschen Städte arbeitet das Difu praxisnah, berät Kommunen, bildet fort, moderiert den wichtigen kommunalen Erfahrungsaustausch und bietet vielfältige Serviceleistungen an.

Zentrale Kooperationspartner des Difu sind daher seine Partnerkommunen, Kommunalverbände und Planungsgemeinschaften. Mit ihnen kooperiert das Institut besonders eng und wird durch jährliche Zuwendungen unterstützt. Diese enge Kooperation sorgt auch dafür, dass sich die Difu-Arbeit direkt am Praxisbedarf orientiert.

Beratung

Verwaltungspersonal und Ratsmitglieder aus Difu-Zuwanderkommunen und -verbänden können sich mit Fachfragen direkt an das Institut wenden, um diese im persönlichen Gespräch mit den Fachleuten zu erörtern.

➔ www.difu.de/12807

Fortbildung

Fortbildung in der Kommune, online oder am Berliner Standort: Für Fortbildungen lohnt sich die Zuwanderschaft besonders: Die praxisorientierten „Difu-Vor-Ort-Seminare“ sind schnell ausgebucht. Zuwander bezahlen für Vor-Ort-Seminare stark reduzierte Preise. Seit 2025 sind zudem alle „Difu-WebSeminare“ für Zuwander kostenfrei. Und als weiteres Online-Angebot bietet das Difu Zuwendern exklusiv und kostenfrei „Online-Impulsvorträge“ mit anschließendem Austausch/Diskussion – vom Difu moderiert.

➔ www.difu.de/17143

➔ www.difu.de/12805

Erfahrungsaustausch mit anderen Städten

Erfahrungsaustausch ist wichtig, um die Position der eigenen Stadt einschätzen zu können und Lösungswege vergleichbarer Städte kennen zu lernen. Das Difu bietet regelmäßigen Austausch an – teilweise exklusiv für Zuwander. Zum Beispiel beim Jahrestreffen in Berlin, zu dem das Institut seine Zuwander einmal jährlich einlädt.

➔ www.difu.de/programm

Die eigene Stadt als Untersuchungsgegenstand

Zuwander werden vom Difu als Fallstudienstädte im Rahmen von Studien bevorzugt ausgewählt. Auch im Fall von Kostenbeteiligungen an Studien sind diese für Zuwander teils günstiger. Die einbezogenen Städte profitieren damit unmittelbar vom Wissenstransfer auf aktuellem Stand – zugeschnitten auf die eigene Stadt.

➔ www.difu.de/projekte

Zugang zu exklusiven Informationen im Extranet – auch aus dem Homeoffice

Im Difu-Extranet stehen vielfältige Hintergrundinformationen exklusiv für Zuwander zur Verfügung: Berichte über Difu-Fortbildungen, „Virtuelle“ Tagungsmappen, Vorträge, Aufsätze, Präsentationen sowie Volltexte ausgewählter Difu-Publikationen. Auch aus dem Homeoffice ist der Zugang für Zuwanderstädte möglich (Verwaltungsmitarbeitende und Ratsmitglieder senden hierzu eine Passwort-Anfrage an das Difu: s. zweiter Link).

➔ www.difu.de/extranet

➔ www.difu.de/6334

Alle Neuerscheinungen kostenfrei

Zuwander erhalten sämtliche Difu-Publikationen kostenfrei. Das Difu bietet nahezu alle Publikationen digital an. PDFs können direkt im Inter- oder Extranet heruntergeladen werden. Neue Publikationen werden im Difu-Newsletter veröffentlicht.

➔ www.difu.de/publikationen

Zugang in die Difu-Literaturdatenbank

Die Online-Recherche in der Difu-Literaturdatenbank ist kostenfrei. Die Datenbank ermöglicht den Zugang zu kommunal relevanter Literatur. Dieses Repository ist der Publikationsserver des Difu. Es enthält eine Vielzahl von Quellen, überwiegend im Volltext. Alle Difu-Publikationen werden hier erfasst und stehen meist auch online bereit.

➔ <https://repository.difu.de>

Weitere Infos zum Beitritt und Vorteile für Zuwander bietet die Difu-Website

➔ www.difu.de/12914

➔ +49 30 39001-208



Sybille Wenke-Thiem

Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Difu-Zuwanderschaft
+49 30 39001-209
wenke-thiem@difu.de

Dipl.-Pol.

Patrick Diekelmann

Publikationen
+49 30 39001-254
diekelmann@difu.de

Dipl.-Geogr.

Ulrike Wolf

Wissensmanagement und Fortbildung
+49 30 39001-297
wolf@difu.de

Berichte – das Magazin des Difu

Herausgegeben von

Deutsches Institut für Urbanistik (Difu) gGmbH
Zimmerstraße 13-15, 10969 Berlin
www.difu.de

Geschäftsführung: Prof. Dr. Carsten Kühl,
Dipl.-Geogr. Luise Adrian

Gesellschafter: Verein für Kommunal-
wissenschaften e.V.

Amtsgericht Charlottenburg, HRB 114959 B

Umsatzsteuer-ID: DE 261590461

Text- und Bildredaktion

Sybillie Wenke-Thiem (V.i.S.d.P.) mit
Vera Gutofski, Marie Kreß, Vivien Schütze,
Stefanie Beiersdorf, Wiebke Hartmann

Layout und Bildbearbeitung

Vera Gutofski

Gestaltungskonzept

3pc, Neue Kommunikation GmbH

Fotos

Coverbild:

Jonathan Schöps, stock.adobe.com

Großbilder:

Seite 10: Gerald Villena, stock.adobe.com

Seite 16: Stanislav Gorin, stock.adobe.com

Seite 23: Lukas Bast, stock.adobe.com

Redaktionskontakt/Berichte-Verteiler

Difu-Pressestelle

Tel. +49 30 39001-208

presse@difu.de

Jahrgang/Erscheinungsweise

Jahrgang 51/vierteljährlich

ISSN 1439-6343

Stand: 22.9.2025

Nutzung der Beiträge

Frei, bei Nennung der Quelle. Beispiel: aus
Difu-Magazin Berichte, Ausgabe 3/2025.

Info an presse@difu.de erbeten.

Druck

Spree Druck GmbH

Gedrukt auf umweltfreundliches Papier.



Kostenfreie Difu-Angebote

Difu-Website & Projektwebsites

Immer auf dem neusten Stand: Difu-Forschung,
-Fortbildung, -Veröffentlichungen sind auf der
Difu-Website zu finden – und auch auf den
Projekt-Websites, die das Difu im Rahmen
seiner Projektarbeit betreibt:

➔ www.difu.de

➔ www.difu.de/15196

Difu-Magazin Berichte – auch online

Mit dem Difu-Magazin informiert das Institut
vierteljährlich über Forschungsergebnisse,
Standpunkte, neue Publikationen, neue Pro-
jekte, Veranstaltungen und vieles mehr. Die
Berichte erscheinen kostenfrei als Print- und
Online-Version. Der Umstieg auf die papierlose
Version hat viele Vorteile: Klima schützen, Platz
sparen, früher informiert sein – und das Difu von
Kosten entlasten. Der Wechsel ist leicht:

1.) Mail-Adresse online unter Verteileraufnahme
eintragen (s. u.). 2.) Mail an presse@difu.de
schicken und mitteilen, welche Postadresse wir
löschten dürfen. Beim Erscheinen eines neuen
Hefts erhalten eAbonnent:innen eine E-Mail mit
dem Link zum aktuellen Heft (PDF). Durch das
Online-Abo erhalten sie das Heft ca. zwei Wo-
chen vor dem Erscheinen der Printausgabe, da
Druck- und Versandzeiten entfallen. Das
Online-Archiv reicht bis 1996 zurück.

➔ www.difu.de/15194 (Verteileraufnahme)

➔ www.difu.de/taxonomy/term/471 (Archiv)

E-Mail-Newsletter „Difu-News“

Alle zwei Wochen informiert das Difu über sei-
nen E-Mail-Newsletter „Difu-News“ über aus-
gewählte, neue Inhalte auf der Difu-Homepage.

➔ www.difu.de/newsletter

Veröffentlichungen

Die Difu-Publikationen stehen überwiegend
kostenfrei zum Download auf der Difu-Home-
page zur Verfügung. Einige können als Print-
exemplar käuflich erworben werden. Für Zuwen-
der sind diese kostenfrei.

➔ www.difu.de/publikationen

Öffentliche Veranstaltungsserie

Im Wintersemester bietet das Difu monatlich die
gebührenfreie Veranstaltungsreihe der „Difu-
Dialoge zur Zukunft der Städte“ online/teils hyb-
rid an, die sich zu jedem Termin mit einem an-
deren aktuellen Thema befasst.

➔ www.difu.de/veranstaltungen/

Social-Media-Kanäle

Über LinkedIn, Bluesky und Facebook kommu-
niziert das Difu aktuelle Neuigkeiten aus dem In-
stitut bzw. zu kommunal relevanten Themen.

Ausgewählte öffentliche Difu-Veranstaltungen
sowie Vorträge und Medienbeiträge von Difu-
Wissenschaftler:innen können auf Youtube

„nachgesehen“ bzw. „nachgehört“ werden:

➔ www.facebook.com/difu.de

➔ https://de.linkedin.com/company/difu

➔ https://bsky.app/profile/difu.de

➔ www.youtube.com/@difu

Presseverteiler

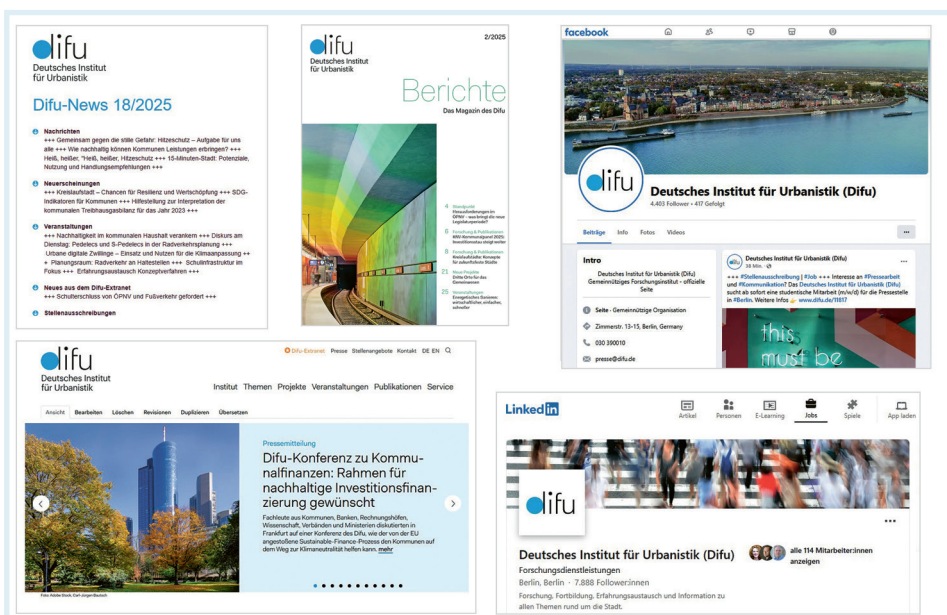
Die Pressemitteilungen informieren über
medienrelevante Neuigkeiten aus dem Institut.

➔ www.difu.de/13168

RSS-Feeds

Feeds zu Pressemitteilungen, Veranstaltungen,
Publikationen, Projekten, Ausschreibungen in-
formieren in Echtzeit über neue Inhalte auf der
Website.

➔ www.difu.de/15162



Pano – Parken neu organisieren

Gemeinsam mit Kommunen entwickelt das Difu Konzepte für das urbane Parkraummanagement.

Pano – Parken neu organisieren



www.difu.de/19008



Dr. Michaela Christ
+49 30 39001-106
christ@difu.de



Foto: Ronny Rose, stock.adobe.com

Die Organisation des „ruhenden Verkehrs“ ist komplex und oft umstritten. Auf der Suche nach geeigneten Lösungen stehen Kommunen vor vielen Herausforderungen: Anforderungen des Klimaschutzes und der Klimaanpassung, zunehmender Lieferverkehr, wachsender Flächenbedarf durch steigende Kfz-Zulassungszahlen, neue Gestaltungsspielräume für Kommunen (Änderung § 6a StVG vom 4.7.2020 zur Höhe der Bewohnerparkgebühren), veränderte gesetzliche Rahmenbedingungen (StVG, StVO, VwV) sowie aktuelle Rechtsprechung (BVerwG). Zusätzlich beeinflussen Eingriffe ins Parkraumangebot des öffentlichen Raums auch die Stellplatznutzung auf Privatrundstücken und umgekehrt.

Das Städteprojekt „Pano“ widmet sich diesen Veränderungen. Das Forschungsteam unterstützt neun Städte, ihr Parkraummanagement neu aufzustellen oder weiterzuentwickeln. Kernthemen sind dabei die Steuerung des Stellplatzangebots auf privaten Flächen, die Stellplatznachfrage im öffentlichen Raum sowie die veränderten gesetzlichen Regelungen der vergangenen Jahre und deren Auswirkungen auf kommunale Handlungsspielräume. Dies umfasst die effiziente Steuerung von Parkraumangebot und Nachfrage sowie Möglichkeiten zur Erfassung von Stellplatzflächen mit digitalen Tools oder Schätzverfahren. Im Fokus stehen zudem Quartiersgaragen, Stellplatzsätzen, Parkraumbewirtschaftungskonzepte und Kurzzeitparkplätze sowie die Kommunikation mit Anwohnenden und Bürgerinnen und Bürgern.

Das Kooperationsprojekt ist modular aufgebaut: Das Basismodul umfasst u.a. eine Fortbildungsreihe. Im Vertiefungsmodul wählen die Kommunen ein an ihren Bedarf angepasstes Thema.

Wohnraum: sozial und klimagerecht



www.difu.de/19161



Dipl.-Geogr. Björn Weber
+49 221 340308-10
bweber@difu.de

Wohnraum: sozial und klimagerecht

Das Difu untersucht, wie Wohngebäude sozialverträglich im Sinne des Klimaschutzes umgebaut werden können.



Foto: ah_tobbox, stock.adobe.com

Deutschland will bis 2045 klimaneutral werden. Dafür braucht es auch eine flächendeckende Transformation des Gebäudesektors. Hier treffen energie-, sozial- und wohnungsbaupolitische Ziele aufeinander: Während die Sicherstellung der Wohnraumversorgung und Schaffung eines ausreichenden Angebotes wohnungsbaupolitische Zielsetzungen sind, bleiben die energetische Sanierung des Wohnraums und nachhaltiges Bauen weniger berücksichtigt. Zusätzlich stellen sozialpolitische Instrumente die Bezahlbarkeit und die Angemessenheit von Wohnraum sowie die Vermeidung von Verdrängung in den Mittelpunkt. Bisher fehlt eine Integration dieser drei Zielsetzungen aus Sozial-, Energie- und Wohnungsbaupolitik. Im neuen Projekt prüft das Difu, ob sich diese teils gegensätzlichen Ziele auf der kommunalen Ebene vereinen lassen und welche Maßnahmen für einen sozialverträglichen Klimaschutz im Wohngebäudektor entwickelt werden können. Im Fokus stehen folgende Fragen:

- Was bedeutet Sozialverträglichkeit von Klimaschutzmaßnahmen im Wohngebäudebereich? Wie ist diese bisher verankert?
- Wie wird ein möglicher Zielkonflikt auf kommunaler Ebene wahrgenommen?
- Durch welche Vorgaben des Bundes wird ein sozialverträglicher Klimaschutz auf der kommunalen Ebene bestimmt? Welche Gestaltungsspielräume haben Kommunen?
- Was sind die Potenziale von Quartiersansätzen für einen sozialverträglichen Klimaschutz im Gebäudebereich?

Das methodische Vorgehen stützt sich auf Literatur- und Dokumentenanalysen sowie Interviews mit Vertreter:innen aus der kommunalen Praxis.

Ressourcen effizient nutzen

Das Difu baut fünf Koordinationsstellen auf, um Ressourceneffizienz und Klimaschutz in Kommunen langfristig zu stärken.

Ressourcen effizient nutzen



www.difu.de/19042



Ulrike Vorwerk, M.A.
+49 221 340308-17
vorwerk@difu.de



Foto: Andrey Olesko, stock.adobe.com

Um das bundesweite Klimaschutzziel – Treibhausgasneutralität bis 2045 – zu erreichen, spielt der sparsame Umgang mit Rohstoffen und Energie in den Kommunen eine zentrale Rolle. In Städten, Landkreisen und Gemeinden sind alle Sektoren zu finden, die einen Beitrag zur Ressourceneffizienz und damit zum Klimaschutz leisten können. Diese Potenziale gilt es zu nutzen und Kommunen als einflussreiche Akteur:innen zu stärken.

Das Difu entwickelt im vom Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWE) geförderten Projekt deutschlandweit fünf Koordinationsstellen und baut diese auf. Dabei sollen vorhandene Verwaltungsstrukturen ergänzt und darüber hinaus neue Strukturen für die kommunale Zusammenarbeit etabliert werden. Ziel ist es, Maßnahmen an der Schnittstelle zwischen Ressourcen- und Klimaschutz – wie z. B. Bauen mit Holz, Stromsparen, Abfallvermeidung, nachhaltige Beschaffung etc. – zu identifizieren, umzusetzen, zu verstetigen und Know-how in Anlaufstellen zu bündeln.

Die Koordinationsstellen sollen sowohl die regionale als auch die kommunale Ebene einbinden. Nach Möglichkeit knüpfen sie dabei an vorhandene Strukturen an – zum Beispiel im Themenfeld Klimaschutz. Somit können bei der Vernetzung und Qualifizierung zum Querschnittsthema Ressourcenschutz organisatorische Synergien und damit bereits vorhandene Abläufe genutzt werden.

Langfristig sollen die Koordinationsstellen von den Kommunen und Partnern, die an der Pilotphase teilnehmen, etabliert und perspektivisch von anderen Kommunen, Verbänden oder Einrichtungen übernommen werden.

Hitzevorsorge planen

Im Projekt HAP.Regio unterstützt das Difu 16 Städte in einer regional abgestimmten Hitzeaktionsplanung.



Foto: Lukas Bast, stock.adobe.com

Extreme Hitzeperioden treten immer häufiger auf und erfordern Maßnahmen zur Klimaanpassung und Hitzevorsorge. Im Vorhaben HAP.Regio entsteht für die 16 Städte der Emscher-Region und den Kreis Recklinghausen von 2025 bis 2027 eine regional abgestimmte Hitzeaktionsplanung. Ziel ist, die Kommunen auf Basis abgestimmter Vorgehensweisen und gemeinsamer Standards langfristig zu befähigen, eigene lokale Hitzeaktionspläne zu erstellen und Maßnahmen gegen Hitzegefahren umzusetzen. Im Mittelpunkt steht der Schutz der Bevölkerung vor gesundheitlichen Risiken durch Hitzeereignisse.

Im Auftrag der Zukunftsinitiative Klima.Werk unterstützt das Difu mit den Projektpartnern Climaticon und Prognos die Emscher-Kommunen: In sieben Arbeitspaketen identifiziert das Forschungsteam Akteur*innen und Zielgruppen, baut eine regionale Meldekette bei Hitzeereignissen auf und erarbeitet eine Maßnahmentoolbox. Dabei werden erste Maßnahmen umgesetzt, innovative Methoden zu Kommunikationsstrategien und Beteiligung eingesetzt, der interkommunale Austausch gefördert sowie Wissen verstetigt und verbreitet. Das Difu ist für die Entwicklung der Maßnahmentoolbox verantwortlich, eine Arbeitshilfe, die konkrete Hitzeschutzmaßnahmen beschreibt, Zielgruppen definiert und Umsetzungsvorschläge bietet. Darüber hinaus unterstützt das Difu die Projektpartner bei ihren Aufgaben der Akteur*innenbeteiligung und übernimmt die Verbreitung und Veröffentlichung der erarbeiteten Standards und Maßnahmen. Das Projekt wird vom Ministerium für Umwelt, Naturschutz und Verkehr NRW aus Mitteln des Europäischen Fonds EFRE gefördert.

Hitzevorsorge planen



www.difu.de/19007



Dipl.-Geogr. Luise Willen
+49 221 340308-19
willen@difu.de





Foto: itan1409, stock.adobe.com

Wissenstransfer im Fokus

Wissen aus der Forschung in die kommunale Praxis vermitteln, frühzeitig neue Entwicklungen in Kommunen aufspüren und analysieren, Fachdiskussionen mit neuen Erkenntnissen und Erfahrungen anreichern und so einen Beitrag zur Zukunft der Städte leisten: Dies sind einige der zentralen Aufgaben des Difu. Gerade in diesen herausfordernden Zeiten ist Austausch wichtiger denn je, kann Fehler und Kosten vermeiden.

Das Difu passt sein Fortbildungsangebot stets inhaltlich, methodisch und in seinen Formaten an neue Bedarfe der Kommunen an. Die Difu-Städtezuwendungen ermöglichen es, unabhängig von Drittmitteln Themen aufzugreifen, die sich praxisorientiert am Bedarf der Kommunen und zugleich an Difu-Forschungsergebnissen orientieren. Die Ergebnisse des jährlichen „OB-Barometer“, Rückmeldungen aus Zuwendungsstädten, von Seminarteilnehmenden, dem Wissenschaftlichen Beirat sowie des Deutschen Städtetages fließen in die Planung ein.

Das Jahresprogramm für 2026 bildet das gesamte Themenspektrum der Difu-Arbeit ab, enthält aufgrund aktueller Herausforderungen der Kommunen aber auch neue Schwerpunkte. Zwei Seminare widmen sich etwa dem Umgang mit Populismus, Desinformation sowie Hass und Hetze. Kommunen stehen hier in der Verantwortung, demokratische Prozesse vor Ort und Mitarbeitende in Rat und Verwaltung zu schützen. Themen zur Stärkung des sozialen Zusammenhalts haben an Gewicht gewonnen, darunter „dritte Orte“ als Räume für Begegnung und demokratischen Dialog oder Fragen zur Wirksamkeit kommunaler Integrationspolitik. Weitere Schwerpunkte ergeben sich aus Drittmittelprojekten zu Klimaschutz, Klimaanpassung, Radverkehr sowie Kinder- und Jugendhilfe.

Die Vielfalt des Jahresprogramms spiegelt sich auch in den Formaten und Reihen wider:

Difu-Dialoge – offen für alle

Im Winterhalbjahr startet erneut die Reihe „Difu-Dialoge zur Zukunft der Städte“. Sechs Abendveranstaltungen greifen Zukunftsthemen der Städte auf und laden die (Fach)öffentlichkeit zur Diskussion ein. Drei der Veranstaltungen werden hybrid angeboten, also auch in Präsenz im Difu. Neu ist hier die Möglichkeit zum Austausch bei Imbiss und Getränken vor Ort. Wir freuen uns auf den intensiven Austausch.

Difu-Seminare – fachlicher Input, Vernetzung und Austausch vor Ort

Die Difu-Präsenz-Seminare sind das Herzstück des Difu-Angebots. Neben Input bieten sie die Möglichkeit zu vertrauensvollem Erfahrungsaustausch und für Vernetzung vor Ort. Auch am Difu macht sich bemerkbar, dass aufgrund schwieriger Haushaltslage in den Kommunen, Personalengpässen und wachsendem Online-Angebot Dienstreisen besonders auf dem Prüfstand stehen. Gerade bei komplexen Fragestellungen bleibt persönlicher Austausch jedoch unverzichtbar. Exkursionen und Netzwerktreffen bieten hierfür den passenden Rahmen – und die nötigen Argumente. Die frühzeitige Veröffentlichung des Jahresprogramms 2026 bietet ausreichend zeitlichen hierfür Vorlauf zur Entscheidung.

WebSeminare – einfacher Zugang zu Wissen

Kürzere fachliche Inputs sind auch online möglich und eine gute Ergänzung zu Präsenzseminaren. Für Zuwendungsstädte (Verwaltung, Rat) ist die Teilnahme unbegrenzt kostenfrei. Web-Seminare ermöglichen einen praxisorientierten Zugang zum Transfer von Forschungsergebnissen in die Kommune. Auch hier soll die Diskussion nicht zu kurz kommen und wird anhand technischer Tools ermöglicht. Die Idee ist, den Teilnehmer:innen nicht nur Impulse und Input zu ihrem Themengebiet zu geben, sondern anzubieten, sich auch benachbarte und neue Themengebiete zu erschließen. Mit zunehmender Komplexität kommunaler Aufgabenstellungen, der Bedeutung von Querschnittsthemen und ressortübergreifender Zusammenarbeit ist dies eine wichtige Anforderung geworden. Die Themen werden kurzfristig ausgewählt und beworben. Um rechtzeitig informiert zu werden, ist es empfehlenswert, den Difu-Newsletter zu abonnieren.

Online-Impulse – exklusiv für Zuwendungsstädte

Für Zuwendungsstädte gibt es noch ein weiteres kostenfreies Angebot: Sie haben die Möglichkeit, Web-Seminare anzuregen bzw. Vorträge zu spezifischen Themen anzufordern – und das Difu online ins Haus zu holen. Diese vom Difu auch moderierten „Online-Impulse“ lassen sich beispielsweise in interne Klausuren, Stadtratssitzungen oder andere Veranstaltungen integrieren. Details sind im Difu-Extranet verfügbar.

Vom Jahrestreffen zur Netzwerkkonferenz

Einmal jährlich lädt das Difu die Ansprechpartner:innen seiner Zuwendungsstädte und -verbände nach Berlin ein. Difu-Wissenschaftler:innen geben Einblick in aktuelle Forschung, die Kommunen bringen ihre Praxisbeispiele ein. 2025 wurden Konzept und Name angepasst: Der Netzwerkgedanke rückt stärker in den Vordergrund, der Kreis der Eingeladenen wurde erweitert. Neben den festen Ansprechpartner:innen sind auch weitere Kolleg:innen aus den Ressorts der Zuwendungsstädte willkommen. Teile der Veranstaltung finden hybrid statt, so dass ein größerer Interessentenkreis teilnehmen und profitieren kann. Unverändert bleibt das Rahmenprogramm mit Abendempfang und Exkursion zum informellen Austausch. Aus dem „Jahrestreffen der Difu-Zuwendungsstädte und -verbände“ ist so die „Netzwerkkonferenz für Difu-Zuwendungsstädte“ geworden..



Dipl.-Geogr. Ulrike Wolf

Leiterin Wissensmanagement und Fortbildung
+49 30 39001-297
wolf@difu.de

Veranstaltungsvorschau Auszug 2. Halbjahr 2025

Kommunalrichtlinie: Kommunale Netzwerke

Klimaschutz und Klimaanpassung
16. Oktober 2025, online
➔ www.difu.de/19020

Was Menschen bewegt – Anreize für nachhaltige Mobilität

Sonderveranstaltung
17. Oktober 2025, online
➔ www.difu.de/19090

Werkzeuge für die treibhausgasneutrale Kommune – Klimafreundlich Beschaffen

Klimaschutz und Klimaanpassung
28. Oktober 2025, online
➔ www.difu.de/19195

Klimaschutz in Zeiten knapper Flächen

Difu-Seminar
3.–4. November 2025, Berlin
➔ www.difu.de/19104

Werkzeuge für die treibhausgasneutrale Kommune – Parkraummanagement

Klimaschutz und Klimaanpassung
4. November 2025, online
➔ www.difu.de/19177

Sicher zu Fuß und per Rad im ländlichen Raum

Sonderveranstaltung
4.–6. November 2025, online
➔ www.difu.de/19146

**Erneuerbare Energien in Kommunen:
Fortschritt, Hürden, Lösungen**

Difu-Seminar

6. November 2025, online

➔ www.difu.de/18943**Kommunalrichtlinie: Abfallbewirtschaftung**

Klimaschutz und Klimaanpassung

10. November 2025, online

➔ www.difu.de/19021**Platz da! Wohnen und Suffizienz**

Difu-Seminar

10.–11. November 2025, Berlin

➔ www.difu.de/19110**Erneuerbare Energien und ihre Flächenansprüche – Teil 3**

Klimaschutz und Klimaanpassung

11. November 2025, online

➔ www.difu.de/19065**Einsamkeit im Quartier begegnen – Wege zur sozialen Integration**

Difu-Seminar

12. November 2025, online

➔ www.difu.de/19120**Basics für die treibhausgasneutrale Kommune: Sinnvolle (vorzeitige) Klimaschutzziele festlegen**

Klimaschutz und Klimaanpassung

13. November 2025, online

➔ www.difu.de/19180**Kommunalrichtlinie: Klimaschutzkoordination**

Klimaschutz und Klimaanpassung

20. November 2025, online

➔ www.difu.de/19022**Kommunalrichtlinie: Klimafreundliche Trinkwasserversorgung**

Klimaschutz und Klimaanpassung

24. November 2025, online

➔ www.difu.de/19023**Interkommunaler ÖPNV**

Difu-Seminar

24.–25. November 2025, Berlin

➔ www.difu.de/19123**Kommunale Klimakonferenz 2025**

Klimaschutz und Klimaanpassung

25.–26. November 2025, Berlin

➔ www.difu.de/18862**Klimaschutzförderung kompakt: Wer fördert was?**

Klimaschutz und Klimaanpassung

25. November 2025, online

➔ www.difu.de/19187**Migrationspolitischer Diskurs im Fokus – das sagen Kommunen!**

Difu-Dialog

26. November 2025, online

➔ www.difu.de/19138**Der „erweiterte“ Sozialraumansatz**

Difu-Seminar

27.–28. November 2025, Berlin

➔ www.difu.de/19103**Neue Herausforderungen für das Besondere Städtebaurecht**

Difu-Seminar

1.–2. Dezember 2025, Berlin

➔ www.difu.de/19106**Sicher zu Fuß und per Rad im ländlichen Raum**

Sonderveranstaltung

2.–4. Dezember 2025, online

➔ www.difu.de/19147**Mobilitätswende mit Gegenwind**

Difu-Seminar

4.–5. Dezember 2025, Berlin

➔ www.difu.de/19124**Weniger ist mehr: Suffizienz als Strategie für kommunalen Klima- und Ressourcenschutz**

Difu-Seminar

8. Dezember 2025, online

➔ www.difu.de/18944**Erneuerbare Energien und ihre Flächenansprüche – Teil 4**

Klimaschutz und Klimaanpassung

9. Dezember 2025, online

➔ www.difu.de/19066**Autonomer ÖPNV: Zukunft gestalten, Mobilität sichern**

Difu-Seminar

9. Dezember 2025, online

➔ www.difu.de/19119**Basics für die treibhausgasneutrale Kommune: Treibhausgasbilanzierung**

Klimaschutz und Klimaanpassung

9. Dezember 2025, online

➔ www.difu.de/19209**Gestaltungsmöglichkeiten zwischen Stadtflucht und Landflucht**

Difu-Dialog

10. Dezember 2025, Berlin oder online

➔ www.difu.de/19142**Sicher zur Schule – Strategien für eine kindgerechte Schulwegplanung**

Difu-Seminar

11. Dezember 2025, online

➔ www.difu.de/19122**Veranstaltungsvorschau
Auszug 1. Halbjahr 2026****Erneuerbare Energien und ihre Flächenansprüche – Teil 5**

Klimaschutz und Klimaanpassung

13. Januar 2026, online

➔ www.difu.de/19067**Bauwende vor Ort – klimaangepasst und ressourcenschonend**

Difu-Dialog

21. Januar 2026, online

➔ www.difu.de/19139**Erneuerbare Energien und ihre Flächenansprüche – Teil 6**

Klimaschutz und Klimaanpassung

10. Februar 2026, online

➔ www.difu.de/19068**(Teil)autonome Sicherheitstechnologien im öffentlichen Raum**

Difu-Dialog

11. Februar 2026, Berlin oder online

➔ www.difu.de/19143**Klimaanpassung per Gesetz**

Difu-Seminar

9.–10. März 2026, Berlin

➔ www.difu.de/19219**Populismus wirksam begegnen**

Difu-Seminar

20.–21. April 2026, Berlin

➔ www.difu.de/19223**Weitere Veranstaltungsangebote am Difu****Difu-Dialoge zur Zukunft der Städte**➔ www.difu.de/veranstaltungen**Dialogforum Jugendhilfe**➔ www.jugendhilfe-inklusive.de**Agentur für Kommunalen Klimaschutz**➔ www.klimaschutz.de/de/agentur**Zentrum KlimaAnpassung**➔ www.zentrum-klimaanpassung.de/termine**Mobilitätsforum Bund**➔ www.mobilitaetsforum.bund.de

Überblick sämtlicher Veranstaltungen mit Details, Einzelprogrammen und Online-Anmeldetool – stets aktuell:

➔ www.difu.de/programm

Inklusiver Kinderschutz als Pflichtaufgabe!

Wie gut gelingt Eingliederungshilfe und Jugendamt die Umsetzung wirkungsvoller Kinderschutzkonzepte in gemeinsamer Verantwortung? Welche Herausforderungen bestehen aktuell und wie sind diese zu bewältigen?

Am 31. März und 1. April 2025 fand eine vom Bundesministerium für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMBFSFJ) geförderte Online-Veranstaltung des Dialogforums „Bund trifft kommunale Praxis“ zu Schutzkonzepten in der inklusiven Kinder- und Jugendhilfe statt, die seit 2012 verpflichtend sind.

Gewaltschutzkonzepte für Kinder mit Beeinträchtigungen stellen eine neue Herausforderung für Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe bzw. im Kontext von (inklusive) Angeboten dar. Bei diesen Kindern sind nicht nur die Risiken für eine Kindeswohlgefährdung erhöht, sie sind auch besonders gefährdet, exkludiert zu werden. Hier sind Fachkräfte auf spezifisches Fachwissen angewiesen, um mögliche Gefährdungssituationen richtig einschätzen zu können. Zu klären war daher nicht nur, welche besonderen Anforderungen an den Kinderschutz für Kinder und Jugendliche mit Beeinträchtigungen gestellt werden müssen, sondern wie Jugendamt und Eingliederungshilfe/ Sozialamt in diesem Feld wirkungsvoll kooperieren können. Nur in gemeinsamer Verantwortung von Eingliederungshilfe und Jugendhilfe ist ein guter Kinderschutz für Kinder und Jugendliche mit Beeinträchtigungen möglich. Allerdings scheinen dieser Zusammenarbeit vielerorts noch Hindernisse im Wege zu stehen. In der Veranstaltung ging es daher darum, wie diese Zusammenarbeit verbessert werden kann. Es wurden Potenziale, die in der Kooperation beider Bereiche liegen, aufgezeigt, durch Praxisbeispiele veranschaulicht und Erfahrungen diskutiert. Prof. Dr. Jörg M. Fegert, Ärztlicher Direktor der Klinik für Kinder- und Jugendpsychiatrie, Psychosomatik und Psychotherapie am Universitätsklinikum Ulm, sprach u.a. darüber, dass Ärzte in der Praxis eher auf Störungsbilder/ chronische Gesundheitsstörungen und weniger auf Teilhabeeinschränkungen durch Behinderung schauen. Oft träten jedoch körperliche und seelische Probleme zusammen auf und/ oder gebe es Mehrfachbehinderungen. Diese Kinder fielen oft zwischen alle Raster, obwohl hier der Versorgungsbedarf am größten sei.

Stephan Glaremin, Leiter des Amtes für Soziales und Jugend der Landeshauptstadt Düsseldorf, und seine Stellvertreterin Renate Schäfer-Sikora stellten das Schutzkonzept für ihr Amt vor.

Wichtigste Eckpunkte sind ein systemischer Blick auf alle Familien mit Kindern mit und ohne Behinderungen sowie die Etablierung einer Abteilung für Inklusion und Teilhabe, in der alle Leistungen gebündelt werden. Es geht also um eine Zusammenführung der Eingliederungshilfen aus dem Sozialgesetzbuch (SGB) VIII und IX in einer Abteilung, da Hilfebedarfe in Übergängen oft fließend gewährt werden müssen. Dazu gehört auch ein gemeinsames Falleingangsmanagement. Wichtiger Bestandteil ist der Aufbau multiprofessioneller Teams im Hinblick auf Interdisziplinarität und Kooperation, wobei die Federführung bei den pädagogischen Fachkräften liegt. Die Verfahrenslotsenden sind dem Sachgebiet Eingliederungshilfe zugeordnet. Ziel ist es, Familien in ihren Interessen und Bedarfen besser zu unterstützen. Hierbei bedürfe es eines äußerst sensiblen Vorgehens, um Ängste abzubauen und Familien bestmöglich zu helfen.



Foto: Sytlana, stock.adobe.com

Als Fazit gilt, dass Familien die erste und wichtigste Schutzinstanz für Kinder sind und eine wesentliche Rolle bei der Entwicklung effektiver Kinderschutzmaßnahmen spielen. Allerdings gibt es noch eine „Hilflosigkeit im Hilfesystem“ und eine mangelnde Vernetzung der verschiedenen Hilfeangebote in den Bereichen Eingliederungshilfe, Gesundheitswesen und Bildung. Eltern mit Kindern mit Beeinträchtigungen brauchen (mehr) Entlastung und ihre Kinder (Freizeit-)Angebote im Sozialraum. Gerade die Perspektive der Kinder wird oft zu wenig berücksichtigt. Für gelingenden Kinderschutz sind bessere Kenntnisse über das Hilfesystem sowie träger- und kompetenzübergreifendes Arbeiten eine wesentliche Voraussetzung.



www.difu.de/18954
www.t1p.de/ynmlu



Dipl.-Soz.
 Kerstin Landua
 +49 30 39001-135
landua@difu.de

Schulterschluss von ÖPNV und Fußverkehr gefordert

Obwohl fast 90 Prozent aller Fahrten im Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) mit Fußwegen von und zur Haltestelle kombiniert werden, wird diesem Thema bisher kaum Aufmerksamkeit gewidmet. Dies war Anlass eines Difu-Seminars in Berlin.

Am 19. und 20. Mai kamen Fachleute aus Kommunen, Verkehrsbetrieben, Verbänden und Forschungseinrichtungen zusammen, um darüber zu diskutieren, wie attraktive Fußwege Fahrten mit Bussen und Bahnen unterstützen können.

Zum Auftakt stellte Dr. Claudia Nobis, Leiterin des Fachgebiets Umwelt und Verkehr im Umweltbundesamt, aktuelle Daten und Forschungsergebnisse zur Erfassung von Fußwegen vor. Das Schweizer Modell des Etappenkonzeptes erfasst deutlich mehr Fußwege als das gängige Erhebungsdesign der Studien „Mobilität in Deutschland (MiD)“ oder „Mobilität in Städten – System repräsentativer Verkehrsbefragungen (SrV)“. Doch auch bei der Befragung nach einzelnen Wege-Etappen vergessen ÖPNV-Nutzende häufig ihren Fußweg zur Haltestelle. Die meisten Wege mit Fußetappen wurden über das Tracking der Wege ermittelt. Gleichwohl ist diese Methode derzeit die aufwändigste.

Prof. Helge Hillnhütter von der Norwegian University of Science and Technology (NTNU) betonte die Besonderheiten der Wege zur Haltestelle. Zeitdruck, erzwungene Umwege, fehlende sichere Orientierungen, ein eintöniges oder unsicher empfundenes städtebauliches Umfeld sowie bauliche Barrieren prägen das Erleben entscheidend. Besonders das Sicherheitsgefühl wurde intensiv diskutiert. Melanie Schlüter vom Landeskriminalamt Niedersachsen zeigte auf, wie stark dieses durch fehlende soziale Kontrolle, schlecht einsehbare Kreuzungen, dunkle Unterführungen oder unübersichtliche Grünbereiche beeinträchtigt wird. Auch mangelhafte Beleuchtung trägt dazu bei, dass sich Menschen auf dem Weg zur Haltestelle unwohl fühlen. Insgesamt wurde deutlich, dass Emotionen stark bestimmen, ob ein Fußweg als angenehm oder abschreckend wahrgenommen wird.

Welche konkreten Projekte und Maßnahmen zur Verbesserung der Zugänglichkeit bieten sich an? Nach Ansicht vieler Seminarteilnehmenden wären Fußverkehrschecks, Fußverkehrsstrategien oder Fußwegekonzepte eine gute Möglichkeit, um Schwachstellen wichtiger Fußwegeverbindungen zu ÖPNV-Knotenpunkten aufzuzeigen und in der Maßnahmenplanung zu priorisieren. Aber auch ämter- und institutionsübergreifende

Projektgruppen, die sich mit der barrierefreien und klimaresilienten Umgestaltung des öffentlichen Raumes befassen, sind ein praktikabler Ansatz. Als Vorreiter gilt die Stadt Hamburg: Hier bearbeiten der Hamburger Verkehrsverbund (hvv) und die Behörde für Verkehr und Mobilitätswende (BVM) den Weg zur Haltestelle strategisch gemeinsam.



Foto: Rainer Fuhrmann, stock.adobe.com

Um dem Fußweg zur Haltestelle mehr Aufmerksamkeit zu verschaffen, ist ein strategischer Schulterschluss des Umweltverbundes – besonders zwischen ÖPNV und Fußverkehr – von zentraler Bedeutung. Angesprochen sind hier insbesondere die Kommunen und Verkehrsunternehmen, die sich enger miteinander abstimmen und zusammenarbeiten sollten. Darüber hinaus könnten sich einschlägig aktive Verbände das Thema mehr zu eigen machen.

Dabei müssen konkrete Verbesserungen nicht immer viel kosten: eine angenehme Beleuchtung, Querungshilfen an der richtigen Stelle oder ein Shortcut, dort wo unnötige Umwege zu bewältigen sind, machen den Weg bereits komfortabler. Viele praktische Ansätze lassen sich darüber hinaus mit anderen kommunalen Programmen und Maßnahmen verknüpfen.



www.difu.de/19052



Dipl.-Geogr. Uta Bauer
+49 30 39001-151
bauer@difu.de

Jan-Philipp Mesenbrock,
M.Sc.
+49 30 39001-134
mesenbrock@difu.de

Das ungenutzte Potenzial von Gewerbegebieten

Bestehende Gewerbegebiete gelten als Chance für eine flächensparende, klimaangepasste Weiterentwicklung in Zeiten knapper Flächenressourcen. In einem Difu-WebSeminar wurden Erfahrungen und bereits realisierte Beispiele diskutiert.

Vielen Städten mangelt es an Flächen für eine weitere gewerbliche Entwicklung, gleichzeitig besitzen sie jedoch Potenziale, die noch zu sehr außerhalb der Wahrnehmung sind: die bereits vorhandenen Gewerbegebiete. Sie weisen in der Regel jedoch nur wenige städtebauliche Qualitäten auf und sind meist geprägt von untergenutzter Grundstücksbebauung, kaum ansprechender Gebäudearchitektur und sehr wenig Grün. Eine Aufwertung solcher Gebiete und Weiterentwicklung zu qualitätsvollen urbanen Quartieren ist angesichts von Flächenknappheit und einem schonenden Umgang mit der Ressource Boden längst überfällig.



Foto: Wolf-Christian Strauss

Wie man Flächen in Bestandsgewerbegebieten auch in Deutschland effizient und zukunftsorientiert ausgestalten kann, zeigte der Beitrag vom Planungsbüro berchtoldkrass space&options. Das Büro beschäftigt sich – unter anderem im Auftrag der Stadt Stuttgart – seit vielen Jahren mit Fragen der Profilbildung, Positionierung, Funktionsanreicherung, Klimaanpassung, Verbesserung der Mobilität und Erreichbarkeit sowie dem „Bauen in die Höhe“. Beispiele aus Zürich, Berlin und München zeigten, welche spannenden Lösungen es bereits gibt.

In den meisten gewerblichen Bestandsquartieren stellt die Mobilität eine große Herausforderung dar. Strategien für den betriebsbedingten Schwerlastverkehr, die berufliche Mobilität der Mitarbeitenden sowie für Besucher- und Kundenverkehre veranschaulichte das kommunale Unterstützungsnetzwerk Zukunftsnetz Mobilität NRW anhand von Erfahrungen der Städte Sankt Augustin, Paderborn, Nettetal und Bochum.

Am Beispiel des Quartiers Karlsruhe-Grünwinkel wurde die Bedeutung einer integrierten und ressortübergreifenden kommunalen Strategie im Umgang mit dem Stadtraum diskutiert. Stark versiegelte Gewerbeflächen sind oft Hotspots in der Stadt, die durch ein ressourcenoptimiertes Gewerbeflächenmanagement zu Motoren der Klimaanpassung weiterentwickelt werden können. Wie wichtig dabei der Einsatz von Fördermitteln oder die Ausweisung als Sanierungsgebiet sind, zeigte auch das Beispiel Fellbach West. Dort wird als Reallabor der Internationalen Bauausstellung Stadtregion Stuttgart (IBA'27) versucht, „neue“ Funktionen von Gewerbegebieten zunächst mit kleinen Interventionen umzusetzen und den Übergang zu angrenzenden Landwirtschaftsflächen („Produktive Urbane Landschaft“) zu qualifizieren.

Zum Abschluss zeigte die Stadt Lörrach mit dem Projekt „Lauffenmühle“, wie ein ehemals bedeutender innerstädtischer Gewerbebestandort zum ersten klimaneutralen Gewerbegebiet umgebaut wird, indem Teile des Bestands erhalten bleiben und durch Neubau in Holzbauweise ergänzt werden.

Im Rahmen des Forschungsprogramms „Experimenteller Wohnungs- und Städtebau“ (ExWoSt) vom Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) wurde im Projekt „Nachhaltige Weiterentwicklung von Gewerbegebieten“ an Fallbeispielen die gestalterische und funktionale Realität in Bestandsgewerbegebieten untersucht und Vorschläge für eine nachhaltige städtebauliche Weiterentwicklung erprobt. Ein Blick in die Niederlande zeigte, dass die Erneuerung der Gebiete hier bereits wesentlich weiter ist als in Deutschland. Seit 1990 werden Bestandsquartiere saniert und durch Parkmanagement begleitet, das sich um Themen wie Mobilität, Sicherheit, Gebietsunterhaltung und Digitalisierung kümmert.



www.difu.de/18966



Dipl.-Ing.
Daniela Michalski
+49 30 39001-270
michalski@difu.de

Dipl.-Ing.
Wolf-Christian Strauss
+49 30 39001-296
strauss@difu.de

Sicherheit für alle: Marginalisierte Gruppen im öffentlichen Raum

Wie lassen sich öffentliche Räume in diversen Stadtgesellschaften auch für marginalisierte Gruppen sicher und lebenswert gestalten? Dies diskutierten Expert:innen aus ganz Deutschland bei einem zweitägigen Difu-Seminar in Berlin.

Öffentliche Räume erfüllen als Bühne des städtischen Lebens viele Aufgaben für unterschiedliche Nutzergruppen: Sie sind Aufenthaltsraum, Transitstrecke, Treffpunkt, Spielplatz, Wohnzimmer, Schlafplatz, Partyzone und Schauplatz für Demonstrationen – und das mitunter zeitgleich. Der Interessensausgleich und die Moderation zwischen diesen unterschiedlichen, teils konkurrierenden Nutzungen zählen zu den großen Herausforderungen der urbanen Freiraumgestaltung.

Gerade die Zugangsmöglichkeiten, das Wohlbefinden und das Sicherheitsgefühl sogenannter marginalisierter Gruppen, die sich aus sozialen, ökonomischen, rechtlichen oder kulturellen Gründen am sinnbildlichen Rand der Gesellschaft bewegen, sind dabei oft eingeschränkt. Ihre Präsenz im öffentlichen Raum, ihre Möglichkeiten zur gesellschaftlichen Teilhabe und ihr Verhältnis zur übrigen Stadtgesellschaft beschäftigen Kommunalverwaltungen in zunehmendem Maße.

Das Seminar näherte sich dem Thema zunächst anhand von zwei wissenschaftlichen Inputs: Was bedeuten Veränderungen in öffentlichen Räumen konkret für Personen, die dort ihren Lebensmittelpunkt verorten und dementsprechend nur wenige Ausweichmöglichkeiten haben? Welche Funktionen haben diese Räume und welche Ansprüche müssen sie erfüllen? Was geschieht, wenn diese Funktionen fehlen oder wegfallen? Welchen Arten von Druck sehen sich die Betroffenen dadurch ausgesetzt, welche Ängste und Unsicherheitswahrnehmungen prägen ihren Alltag und inwiefern unterscheiden diese sich überhaupt von denen einer eher vage definierten Mehrheitsgesellschaft?

In der Folge stellten Vertreter:innen aus Zürich, Essen und Wuppertal verschiedene kommunale Praxisbeispiele für den Umgang mit marginalisierten Gruppen vor, die von psychosozialen Unterstützungsangeboten über umfassende Beratungs- und Präventionsmaßnahmen bis hin zu Raumgestaltung und Dialogformaten zwischen Nutzergruppen ein breites Spektrum an Ansätzen abdecken. Diese wurden anschließend auf ihre Vor- und Nachteile sowie die Übertragbarkeit auf andere Kommunen hin diskutiert.

Der zweite Tag begann mit einer Ortsbegehung in der Berliner City West, bei der ein ehemals von Obdachlosigkeit Betroffener unter dem Motto „Obdachlos auf schicken Straßen“ seine damaligen Aufenthaltsorte und Erfahrungen teilte. Im Gespräch mit den Teilnehmenden wurde dabei an mehreren Punkten deutlich, wie unterschiedlich einzelne Objekte, Räume oder auch ganze Plätze von Personen aus der Forschung, der Stadtplanung oder auf der Straße wahrgenommen werden können. An die Führung schlossen sich zwei weitere fachliche Inputs zu den Möglichkeiten des Quartiersmanagements und zu ordnungspolitischen Maßnahmen wie der städtebaulichen Kriminalprävention im öffentlichen Raum an.

In der Abschlussdiskussion wurden neben den Anforderungen an einen zugangsfreien öffentlichen Raum auch dessen Grenzen – und damit die Grenzen der „urbanen Toleranz“ – reflektiert. Die vielversprechenden Ansätze aus der Praxis zur



Foto: Billy Brightlight, stock.adobe.com

Vermittlung vermeintlich unauflösbarer Nutzungskonflikte zeigten, dass marginalisierte Gruppen trotz eigener Bedürfnisse und anderer Prioritäten nicht als grundsätzlich fremder oder externer Teil der Stadtgesellschaft betrachtet oder behandelt werden sollten. Für die kommunale Praxis gilt es daher, nach Wegen zu suchen, die diese Gruppen möglichst aktiv bei der Suche nach gemeinsamen Lösungen einbinden.



www.difu.de/19028



Lawrence Schätzle, M.A.

+49 30 39001-221

schaetzle@difu.de

Gemeinwesenarbeit im Quartier – Was kann sie leisten?

Im November 2024 stand im Zentrum eines Difu-Seminars die Frage, was Gemeinwesenarbeit (GWA) angesichts zunehmender sozialer Spaltung und sozialräumlicher Segregation heutzutage bedeutet und was sie bewirken kann.

Die Veranstaltung nahm folgende Aspekte in den Blick: Welche Beiträge kann Gemeinwesenarbeit zu einer integrierten Quartiersentwicklung leisten? Welche Rahmenbedingungen müssen dafür erfüllt sein? Welche „Mehrwerte“ kann sie für Quartiere und ihre Bewohnerschaft generieren? Ausgangspunkt war die Definition von Gemeinwesenarbeit als traditionelles Arbeitsprinzip Sozialer Arbeit, das die Beziehung von Individuum und (gebauter) Umwelt in den Fokus nimmt. Sprich sich somit um das soziale Zusammenleben von Menschen in räumlichen Zusammenhängen wie Quartieren oder Nachbarschaften kümmert bzw. zur Gestaltung und Verbesserung ihrer Lebensbedingungen beiträgt – dies unter Einbeziehung und Aktivierung der Bewohnerschaft.



Foto: peopleimages.com, stock.adobe.com

Mit diesen Rahmenbedingungen beschäftigt sich auch Prof. Dr. Oliver Fehren von der Alice Salomon Hochschule Berlin, der die Vielfalt von Finanzierungsmöglichkeiten, Organisationsprinzipien und Trägerschaften von GWA bestätigt und betonte: „Die meiste Gemeinwesenarbeit erfolgt als Kleinst-Praxis oder kleinere Praxis“ mit nur einer, allenfalls wenigen Mitarbeitenden. Außerdem mache „bei vielen Einrichtungen (...) die verlässlich geregelte Finanzierung nur einen Teil der Finanzierung ihrer GWA aus“. Umso bedeutsamer erscheint die Förderung von GWA durch Landesprogramme wie das 2016 gestartete niedersächsische Programm „Gute Nachbarschaft: Gemeinwesenarbeit und Quartiersmanagement“, das von Markus Kissling, Landesarbeitsgemeinschaft Soziale Brennpunkte Niedersachsen e.V., vorgestellt wurde.

Ein weiteres Highlight der beiden Seminartage war eine Exkursion nach Berlin-Kreuzberg zum Nachbarschaftshaus Urbanstraße. Unter anderem bietet dieser „Dritte Ort“ der Union für Obdachlosenrechte Berlin (UfO Berlin) als unabhängige und selbstbestimmte Interessensvertretung samt anknüpfender GWA Raum für politische Arbeit mit dem langfristigen Ziel, Wohnungslosigkeit zu überwinden und das Recht auf Wohnen durchzusetzen.

Wie Gemeinwesenarbeit explizit Teil kommunaler Strategien an der Schnittstelle räumlicher Quartiersentwicklung und sozialer Quartiersarbeit gestaltet werden kann, wurde anhand des Neubaugebiets Freiburg-Rieselfeldt von Daniela Mauch(K.I.O.S.K. im Rieselfeld e.V.) und Sascha Oehme (Kommunales Quartiersmanagement, Amt für Soziales, Stadt Freiburg i.Br.) präsentiert. Als weiteres Beispiel stellten Britta Stadlmann-Golega (Arbeitskreis Soziale Brennpunkte Marburg e.V. [AKSB]) und Peter Schmitt diel (Fachdienst Planung, Steuerung und Qualitätsentwicklung, Universitätsstadt Marburg) das Quartier Marburg-Waldtal vor.

Eine zentrale Aussage in beiden Präsentationen lautete: Die Kommune braucht GWA und umgekehrt benötigt GWA Rückendeckung und Ressourcen der Kommune.

Nach einem Überblicksbeitrag zur Entwicklung der Gemeinwesenarbeit von Prof. Dr. Sabine Stövesand, Hochschule für Angewandte Wissenschaften Hamburg, folgte eine Auseinandersetzung mit der spezifischen Rolle von GWA in der Quartiersentwicklung an der Schnittstelle „Soziales“ und „Raum“. Dr. Petra Potz vom Planungsbüro location³ stellte hierzu unter anderem fest, dass die Arbeit zwischen den Einflussphären von Sozial- und Baurecht zwar in höchstem Maße lohnenswert ist – insbesondere mit Blick auf die gerade in heutigen Zeiten herausfordernden Themen lokaler Zusammenhalt, stabile Nachbarschaften, soziales Zusammenleben –, die Voraussetzungen für GWA je nach Bundesland (Förderung) und Kommunen (Ausgestaltung) jedoch höchst unterschiedlich und oft volatil sind.



www.difu.de/18747



Dipl.-Ing. Christa Böhme

Dr. Thomas Franke
+49 30 39001-107
franke@difu.de

Räumliche Perspektiven einer integrierten Infrastrukturplanung

Stadttechnische Infrastrukturen sichern die Versorgung mit Wasser und Energie sowie die Behandlung oder Verwertung von Abwasser, Abwärme und Abfällen. Wie umgehen wir mit veränderten Bedarfen, neuen Anforderungen und gegenseitigen Wechselbezügen?

Der Megatrend Digitalisierung sowie die Klima- und Ressourcenschutzziele führen zu einem dynamischen Umbau stadttechnischer Infrastruktursysteme – beispielsweise werden aufgrund eines höheren Bedarfs an erneuerbarem Strom urbane Stromverteilnetze deutlich ausgebaut. Daraus abgeleitet wird der Ruf nach einer integrierten Infrastrukturplanung laut. Was sich hinter dem Begriff verbirgt und vor allem wie er in praktisches Handeln überführt werden kann, ist jedoch noch interpretationsbedürftig. Dazu wurde im Rahmen des Difu-WebSeminars im Mai 2025 unter dem Titel „Integrierte Infrastrukturplanung – Sektorübergreifende Koordination und Raumansprüche stadttechnischer Infrastrukturen“ diskutiert, welche Chancen eine integrierte Infrastrukturplanung für eine nachhaltige Infrastruktur- und Stadtentwicklung mit sich bringt und wo ein solcher Ansatz auch an seine Grenzen stößt.

Im Mittelpunkt der Veranstaltung standen räumliche Aspekte einer integrierten Infrastrukturplanung und daraus resultierende Steuerungs- und Koordinierungsbedarfe für die räumliche Planung. Obwohl im Zuge der Transformation stadttechnischer Infrastrukturen in erheblichem Maße zusätzliche oder veränderte Flächenbedarfe auftreten und damit Flächenkonkurrenzen mit anderen städtischen Nutzungen zunehmen, werden Raum- und Flächenansprüche bei der Infrastrukturplanung bislang wenig oder nur anlassbezogen betrachtet. Eine strategische Flächenvorsorge und -sicherung für stadttechnische Infrastrukturen wäre sinnvoll, kommt aber häufig zu kurz.

Elke Plate von der Berliner Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen führte in die räumliche Dimension stadttechnischer Infrastrukturen ein und präsentierte erste Überlegungen zu einer räumlich-integrierten stadttechnischen Infrastrukturplanung in Berlin, die die Verwaltung gemeinsam mit dem Difu entwickelt hat. Das Beispiel Rechenzentren, die sich in einigen deutschen Städten aktuell sehr dynamisch entwickeln, macht Steuerungs- und Koordinierungsbedarfe für die räumliche Planung besonders deutlich. Rechenzentren erzeugen zusätzliche Flächenbedarfe und benötigen gut ausgebaute Stromnetze für ihren enormen Strombedarf. Gleichzeitig entsteht beim Betrieb der

Rechenzentren Abwärme, die es für eine klimaneutrale Wärmeversorgung zu nutzen gilt. Daraus ergeben sich Fragen nach geeigneten Standorten für Rechenzentren (z.B. in der Nähe von Abnehmern oder Wärmenetzen). Thomas Hickmann vom Stadtplanungsamt Frankfurt am Main stellte im WebSeminar die Strategie der Stadt zum Umgang mit Rechenzentren vor. Aus Sicht eines Infrastrukturunternehmens berichtete ein Übertragungsnetzbetreiber über die Flächenanforderungen (z.B. für Umspannwerke), die im Zuge seiner betrieblichen Planungen entstehen.

In der Planung wie in der Umsetzung stellen sich zudem Fragen der sektorübergreifenden Koordination stadttechnischer Infrastrukturen – sowohl



Foto: Adrian72, stock.adobe.com

ober- als auch unterirdisch. Digitale Tools können das medienübergreifende Handeln erheblich verbessern. Die Berliner Wasserbetriebe nutzen unternehmensintern Webanwendungen zur Integration unterschiedlicher Sparten. Es existieren auch digitale Modelle über mehrere Infrastrukturunternehmen hinweg, z. B. zur Baustellenkoordination. Auch digitale Zwillinge können für eine integrierte Infrastrukturplanung eingesetzt werden.

Die Vorträge und Diskussion zeigten, dass das Thema strategische Relevanz für Kommunen hat, es jedoch gerade mit dem Integrationsanspruch von medienübergreifender infrastruktureller Fachplanung und Raumplanung schwer greifbar und vermittelbar ist.



www.difu.de/19096



Dipl.-Soz.
Jan Hendrik Trapp
+49 30 39001-210
trapp@difu.de

Dipl.-Ing. Robert Riechel
+49 30 39001-211
riechel@difu.de



Beatrixe Albrecht-Thiessat

unterstützt seit August 1993 verschiedene Bereiche des Instituts am Standort Berlin als Assistentin. Zunächst als Organisationssekretärin in der „Projektgruppe Stadtökologie“, anschließend im Projekt „Praxistransfer stadt-ökologischer Forschungsergebnisse“. Seit Juni 1999 war sie als Assistenz im damaligen Arbeitsbereich „Information und Dokumentation“, heute „Bereich Wissensmanagement und Fortbildung“, angestellt. Hier hat sie mehrfach Umstrukturierungen, Umzüge und Umbenennungen miterlebt und mitorganisiert, sich den Veränderungen und neuen Aufgaben gestellt und wurde so zum festen Anker im Bereich. Nach 32 Jahren am Difu ist Beatrixe Albrecht nun in den Ruhestand gewechselt.

Nikola Hefner

ist seit Anfang Mai am Standort Berlin als wissenschaftliche Mitarbeiterin bei der Agentur für kommunalen Klimaschutz im Forschungsbereich Umwelt tätig. Das Team der Agentur unterstützt sie vor allem im Bereich Beratung und Veranstaltungen. Nikola studierte zunächst Urbanistik an der Bauhaus-Universität Weimar (B.Sc.) und anschließend Urbane Zukunft an der Fachhochschule Potsdam (M.A.), wo sie studienbegleitend in einem Forschungsprojekt zu „Mobility-as-a-service“ mitwirkte. Zuletzt arbeitete sie am Difu als studentische Mitarbeiterin im Forschungsbereich Stadtentwicklung, Recht und Soziales und beschäftigte sich dort vor dem Hintergrund des Wiederaufbaus nach der Flutkatastrophe in Rheinland-Pfalz und NRW mit Klimaanpassung, Hochwasser und Resilienz.

Theresa Hohmann

war dreieinhalb Jahre als wissenschaftliche Mitarbeiterin im Forschungsbereich Infrastruktur, Wirtschaft und Finanzen des Difu tätig. Im Rahmen der Koordinations- und Transferstelle „Modellprojekte Smart Cities“ befasste sie sich mit verschiedenen Themen rund um die Smart City. In ihren Projekten beriet sie Kommunen bei der Erarbeitung von Smart-City-Strategien und der Umsetzung von Maßnahmen. Zudem erarbeitete sie mehrere praxisnahe Studien und Arbeitshilfen für Kommunen, beispielsweise zu Organisationsmodellen der Smart City und Bedingungen für die erfolgreiche Verfestigung von Smart-City-Maßnahmen. Weitere fachliche Schwerpunkte waren Nachhaltigkeitsindikatorik sowie die Förderung internationaler kommunaler Zusammenarbeit. So arbeitete sie u. a. mit Kommunen in Ghana an der Erstellung von Voluntary Local Reviews. Seit Oktober 2025 unterstützt sie das Technologie- und Innovationsmanagement von Kommunen und Unternehmen bei der bayerischen Transferagentur Bayern Innovativ.

Janin Leis

arbeitet seit Juni 2025 als Assistentin für den Bereich Wissensmanagement und Fortbildung am Difu-Standort Berlin. Hier unterstützt sie das 20-köpfige Team sowie die Bereichsleitung in der allgemeinen Organisation, bei internen Veranstaltungen und im Tagesgeschäft der Bibliothek, insbesondere dem Publikationsservice. Zuvor hat Janin Leis eine Ausbildung zur Kauffrau für Büromanagement bei „Ärzte ohne Grenzen“ absolviert. Vor ihrer Tätigkeit am Difu war sie dort als Assistenz im Fundraising Wissensmanagement tätig.

Laura Schöngart

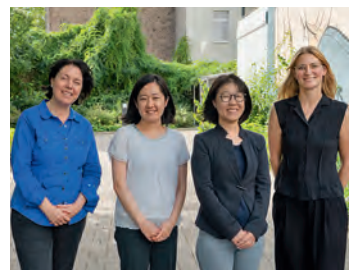
unterstützt seit Juni 2025 als wissenschaftliche Mitarbeiterin den Forschungsbereich Stadtentwicklung, Recht und Soziales am Standort Berlin. Sie begleitet kommunale Forschungsprojekte und entwickelt Workshops, in denen Beteiligung, Planung und Wissensvermittlung zusammenfinden. Inhaltlich arbeitet sie zu klimaangepasster Stadt- und Freiraumentwicklung, urbaner grüner Infrastruktur und Formen des urbanen Gärtnerns. Laura verbindet Forschung, Planungspraxis und Prozessbegleitung und setzt dabei auf visuelle Methoden, um komplexe Planungsfragen anschaulich zu machen. Praktische Erfahrungen sammelte sie bei VOGT Landschaftsarchitekten sowie in Forschung und Lehre an der Geisenheim University. Sie studierte Landschaftsarchitektur (B.Eng.) in Geisenheim, Raumstrategien (M.A.) an der Kunsthochschule Berlin Weißensee und ist ausgebildete systemische Coachin.

Frida von Zahn

hat seit September 2022 das Team Wirtschaft, Finanzen und Nachhaltigkeitsindikatorik als wissenschaftliche Mitarbeiterin im Difu-Forschungsbereich Infrastruktur, Wirtschaft und Finanzen unterstützt. Im Herbst 2024 nahm sie ein Promotionsvorhaben zum Themenfeld Wohnungsmärkte und soziale Ungleichheiten auf, das sie ab Oktober 2025 im Rahmen eines Auslandssemesters an die Universität von Amsterdam (Universiteit van Amsterdam) führt. Deshalb scheidet Frida von Zahn vorerst aus dem Difu aus. In ihrer Zeit am Difu in Berlin hat sie verschiedene, vor allem quantitativ-vergleichende Projekte durchgeführt. Dazu zählten u. a. die Evaluation des KiTa-Gesetzes des Landes Schleswig-Holstein, Teilanalysen zum KfW-Kommunalpanel, aber auch das Projekt „Stärkung städtischer Resilienz am Beispiel von Pandemien: Reflexionsraum für kommunales Krisenmanagement (PanReflex)“.

Abgebildete (v.l.n.r.)

Beatrixe Albrecht-Thiessat (Foto: David Ausserhofer), Nikola Hefner, Theresa Hohmann, Janin Leis, Laura Schöngart, Frida von Zahn (Fotos: Vera Gutofski)



Auszeichnung für besonderen Einsatz für Städte und Gemeinden

Difu-Institutsleiter Prof. Dr. Carsten Kühl wechselte in den Ruhestand. Zu seiner Verabschiedung überreichte ihm der Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städtetages, Christian Schuchardt, die Freiherr-vom-Stein-Medaille. Die Auszeichnung wird an Personen verliehen, die sich in besonderem Maße für die Belange der Städte und Gemeinden eingesetzt haben.

➔ www.difu.de/19155

Difu im Beteiligungsbeirat des Landes Berlin

Difu-Teamleiterin Dr. Stephanie Bock wurde in den Beteiligungsbeirat der Senatsverwaltung Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen des Landes Berlin berufen. Im Beirat arbeiten sechs Expert:innen sowie neu geladene Einwohner:innen bis 2027 zusammen, um sich mit dem Thema Bürgerbeteiligung zu befassen und Beteiligungskonzepte für geplante städtebauliche Vorhaben auszuwerten.

➔ www.t1p.de/gpt40

Wichtige Impulse für die Mobilität der Zukunft

Im Juni rief Bundesverkehrsminister Patrick Schnieder das Expertenforum Nachhaltige Mobilität und Infrastruktur (EKMI) ins Leben, das das Bundesministerium für Verkehr (BMV) bei der Bewertung tragfähiger, umsetzbarer und wirksamer Maßnahmen im Verkehrssektor für das Klimaschutzprogramm unterstützen soll. Der Arbeitsbericht, der den fünfwöchigen, intensiv begleiteten Erarbeitungsprozess abschließt und an dem auch Difu-Bereichsleiterin Anne Klein-Hitpaß als Expertin mitwirkte, wurde am 16. Juli an das BMV übergeben.

➔ www.t1p.de/xbfol

Berlin City Link Conference

Am 15. Juli moderierten Difu-Wissenschaftler:innen Marie Munzert und Dr. Henrik Scheller im Rahmen der Berlin City Link Conference „Sustainable Cities, United Efforts“ einen Workshop zum Thema „Financing sustainable urban projects – new requirements, new tools and new perspectives“. Die Veranstaltung wurde von der Europäischen Akademie Berlin im Roten Rathaus ausgerichtet. Mit Vertreter:innen aus

Städten wie Bergamo, Amsterdam und Piräus wurde über Nachhaltigkeitshaushalte, ein nachhaltiges Fördermittelmanagement und nachhaltige Investitionen von Kommunen diskutiert.

➔ www.t1p.de/srrwj

Difu auf der Exkursion des BMUKN zum Thema Klimaanpassung

Auf der Presseexkursion des BMUKN am 22. Juli stellte Difu-Wissenschaftler Dr. Moritz Ochsmann das Zentrum KlimaAnpassung vor. Auch Bundesumweltminister Carsten Schneider war mit vor Ort. Die Exkursion beinhaltete die Besichtigung von Projekten rund um Klimaanpassung u.a. in Kreuzberg-Friedrichshain, Oranienburg und der Uckermark.

➔ <https://t1p.de/xm6ja>

Stadtentwicklung neu denken

Difu-Wissenschaftlerin Daniela Michalski nahm am 1. Juli auf Einladung der Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus-Senftenberg am Kamingsgespräch zum Thema „Stadtentwicklung neu denken: Dreifache Innenentwicklung zwischen Anspruch und Wirklichkeit“ teil. Sie stellte die Grundlagen der dreifachen Innenentwicklung vor, bei der bauliche Nachverdichtung, Stadtgrün und nachhaltige Mobilität im Zusammenhang gesehen werden müssen.

➔ www.t1p.de/8arut

Difu bei den Vereinten Nationen in New York

Auf dem VNR/VLR Lab – Local and Regional Governments engagement in VNR/VLR processes, das am 18. Juli im Rahmen der UN-Nachhaltigkeitskonferenz (High-level Political Forum on Sustainable Development, HLPF) in New York stattfand, stellte Difu-Wissenschaftler Oliver Peters zentrale Ergebnisse des Voluntary Local Government Reviews vor. Das Difu hatte den Fortschrittsbericht zur nachhaltigen Entwicklung deutscher Kommunen in Kooperation mit den kommunalen Spitzenverbänden und dem Weltstädteverband UCLG erarbeitet. Auf dem Event brachte Oliver Peters die kommunale Perspektive in die internationalen Diskussionen zur Umsetzung der Nachhaltigkeitsziele (SDGs) ein und zeigte auf, wie Städte und Gemeinden in Deutschland aktiv zur Erreichung der Agenda 2030 beitragen.

➔ www.t1p.de/4ck4v

Mobilität planen – Wandel beschleunigen

Am 4. September fand im Haus der Wissenschaft in Braunschweig die Tagung „Modalitäten – Mobilitätskulturen in Bewegung“ statt. Difu-Wissenschaftlerin Michaela Christ hielt dort im Panel „Planungskulturen“ einen Vortrag über die Planungsbeschleunigung in kommunalen Verwaltungen. Auf der Veranstaltung diskutierten rund 150 Teilnehmende über die langfristige Etablierung von Mobilitätskulturen und welche politischen, planerischen und gesellschaftlichen Faktoren für eine erfolgreiche Mobilitätswende notwendig sind.

➔ www.modalitaeten.de/de/

Japanische Botschaftsvertreter:innen besuchen Difu

Anfang September besuchten Vertreter:innen der Abteilung für Umwelt- und Klimaschutz der japanischen Botschaft das Difu am Standort Berlin. Neben allgemeinen Informationen zur Arbeit des Difu ging es bei dem Besuch vor allem um die Aktivitäten des „Zentrum KlimaAnpassung“ (ZKA) am Difu. Wissenschaftlerin Nele Meyer stellte den Gästen – Botschaftsrätin Hiroko Aotake, Forschungsbeauftragte Aogu Miyama und Petra Bergmann aus der Abteilung für Wirtschafts-, Sozial- und Entwicklungsfragen – zunächst die Arbeit und Ziele des ZKA vor. Im Anschluss tauschte sie sich mit ihnen über Herausforderungen, Maßnahmen und Strategien zum Thema Klimaanpassung aus.

➔ www.t1p.de/92q9d

Fotos (v.l.n.r.)

1: Abgebildete (v.l.n.r.): Christian Schuchardt und Prof. Dr. Carsten Kühl (Foto: Sybille Wenke-Thiem), 2: ronnybas, stock.adobe.com, 3: Semen Salivanychuk, stock.adobe.com, 4: Abgebildete (v.l.n.r.): Gäste der Botschaft von Japan in Berlin: Petra Bergmann, Abteilung für Wirtschafts-, Sozial- und Entwicklungsfragen, Aogu Miyama, Forschungsbeauftragte, Botschaftsrätin Hiroko Aotake (zuständig für die Bereiche Umwelt- und Klimaschutz), Nele Meyer, Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Difu (Foto: Vera Gutofski)



Online-Infos für Difu-Zuwender und Öffentlichkeit

Im Difu-Inter- und Extranet sind viele aktuelle, kommunal relevante Informationen zu finden, u.a. Vortrags- und Seminardokumentationen, Seminarberichte und Online-Publikationen.

Einige der Materialien sind exklusiv für Difu-Zuwender, daher lassen sie sich nur über das Stadtnetz bzw. ein Passwort öffnen. Zuwender gelangen an die Infos über die Difu-Homepage im „Extranet“. Im Berichte-Magazin sind Exklusiv-Inhalte mit diesem Symbol  gekennzeichnet.

Ausschließlich Rat und Verwaltung der Difu-Zuwenderstädte und -verbände haben kostenfreien Zugang zum Difu-Extranet:

➔ www.difu.de/extranet/

Übersicht der Städte bzw. Verbände, die zum Kreis der Difu-Zuwender gehören:

➔ www.difu.de/15192

Sollte trotz Zuwenderstatus der Zugang ins Difu-Extranet nicht funktionieren, so hilft der Bereich Wissensmanagement gern weiter:

Dipl.-Geogr. Ulrike Wolf

+49 30 39001-297

wolf@difu.de

Fragen zu Difu-Publikationen:

Dipl.-Pol. Patrick Diekmann

+49 30 39001-254

diekmann@difu.de

Bestellungen:

+49 30 39001-253

vertrieb@difu.de

➔ www.difu.de/publikationen

Neue Veröffentlichungen zum Download

Difu-Magazin Berichte 3/2025

➔ www.difu.de/19211

Bauen mit Holz – Klimaschutz und Kreislaufwirtschaft im Fokus

➔ www.difu.de/publikationen (in Vorbereitung)

Haltstellenumfelder aus Nutzendenperspektive: mehr als nur ein-, um- und aussteigen

➔ www.difu.de/publikationen (in Vorbereitung)

Kreislaufstadt

➔ www.difu.de/19255

Konzept zur Reduzierung des Wirtschaftsverkehrs in Berlin Friedrichshain-Kreuzberg

➔ www.difu.de/19253 (erscheint in Kürze)

Struktur, Kooperation und Aufgaben in der kommunalen Kulturarbeit

➔ www.difu.de/19252

Von der innovativen Idee in den Regelbetrieb

➔ www.difu.de/19254

Zur Perspektive von Sustainable Finance und Nachhaltigkeitsberichterstattung auf kommunaler Ebene

➔ www.difu.de/19245

Künstliche Intelligenz in smarten Städten und Regionen

➔ www.difu.de/19238

BISKO Bilanzierungssystematik Kommunal

➔ www.difu.de/19233

Klimafreundlicher Umbau des Einfamilienhausbestandes – Chancen für eine sozialverträgliche Stadt- und Gemeindeentwicklung

➔ www.difu.de/19232

Hilfestellung zur Interpretation der kommunalen Treibhausgasbilanz für das Jahr 2023

➔ www.difu.de/19196

Mal nachgefragt! Interviews zu Herausforderungen im Klimaschutz

➔ www.difu.de/19198

SDG-Indikatoren für Kommunen

➔ www.difu.de/19199

interkommunalMobil – Nachhaltige Mobilität in ländlichen Regionen und deren Verflechtungsräumen

➔ www.difu.de/19179

Kommunaler Finanzreport 2025

➔ www.difu.de/19159

Zukunftsfähige Kommunen

➔ www.difu.de/19160

Die Stadt der Viertelstunde

➔ www.difu.de/19127

Veranstaltungsdokumentationen, Vorträge und Videos

Einsatz Künstlicher Intelligenz in der Stadtentwicklung

➔  www.difu.de/19133

Wirtschaftsverkehr integriert planen

➔  www.difu.de/19126

Bezahlbar wohnen!

➔  www.difu.de/19135



Presseresonanz – das Difu in den Medien

Nachfolgend eine Auswahl von Beiträgen, in denen das Difu online erwähnt wurde – in Form von Interviews, Zitaten, O-Tönen, Difu-Projekt-, -Veröffentlichungs- oder -Veranstaltungsnennungen. Die Links führen zu den Beiträgen.

der gemeinderat, 22.9.2025

Integrierte Mobilitätsplanung für ländliche Räume

Wie die Verkehrs- und Mobilitätsplanung weiterentwickelt werden kann, um für ländliche Regionen bessere Angebote und Strukturen zu ermöglichen, darüber diskutiert u.a. Difu-Wissenschaftlerin Lisa Ruhrort.

➔ www.t1p.de/jo65c

ARD, SWR Aktuell, 16.9.2025

Kongress zur Energiewende in Stuttgart

Im Vorfeld des Kongresses zum Energiemanagement in der Landeshauptstadt Stuttgart spricht Difu-Wissenschaftler Björn Weber im Interview über die Rolle von Kommunen in der Energiewende und gibt Einblicke in die Konzepte, die zur Beschleunigung einer klimafreundlichen Energieversorgung auf der Konferenz diskutiert werden sollen.

➔ www.t1p.de/16bv4

Raumforschung und Raumordnung, 15.9.2025

Mehr Wohnraum schaffen ohne zusätzliche Flächenversiegelung

In einem Kommentar in der Fachzeitschrift Raumforschung und Raumordnung widmen sich Wissenschaftler:innen von Difu, IÖR und ILS der Debatte rund um Wohnungsbau und Flächenverbrauch.

➔ www.t1p.de/e384c

ARD/ZDF-Phoenix, 12.9.2025

60 Milliarden sind Tropfen auf den heißen Stein

Im Phoenix-Interview spricht Difu-Wissenschaftler Dr. Henrik Scheller über das vom Bund eingerichtete Sondervermögen für Länder und Kommunen und geht der Frage nach, ob die überschuldeten Kommunen das Geld wirklich dort erhalten, wo es gebraucht wird.

➔ www.t1p.de/q0bx4

Wohnungswirtschaft heute, 12.8.2025

Investitionsstau auf 215,7 Mrd. Euro in Kommunen weiter angestiegen

Die Kommunen in Deutschland beklagen den immer weiter steigenden Investitionsstau. Bei der jährlichen vom Difu für die KfW durchgeführten Befragung bezifferten sie den Investitionsrückstand auf insgesamt 215,7 Milliarden Euro – ein Rekordwert.

➔ www.t1p.de/3bp12

taz, 12.8.2025

Hitzeschutz als Pflichtaufgabe?

Im Beitrag „Liberté, Egalité, Hitzevorsorgé“ der taz erläutert Wissenschaftler Dr. Moritz Ochsmann die Bedeutung von Hitzeaktionsplänen, sozialem Miteinander bei Hitze, klimaresilienter Stadtplanung und Erkenntnisse aus Frankreichs landesweiter Hitzevorsorge.

➔ www.t1p.de/r96y6

WDR5 (Quarks), 25.7.2025

Wohnen in Hochhäusern

Wie können Hochhaussiedlungen funktionieren – und welche Gestaltungsmöglichkeiten haben Kommunen? Im Podcast Quarks des WDR 5 spricht u.a. Difu-Wissenschaftlerin Ricarda Pätzold über kostensensible Sanierung, Gebäudemanagement und Parks für mehr Wohnqualität – zu hören ab Minute 48:55.

➔ www.t1p.de/zo7ds

#stadtvonmorgen, 22.7.2025

Kommunale Nachhaltigkeit global entwickeln

Auf dem High-Level Political Forum der UN wurde die kommunale Ebene – durch den Voluntary Local Government Review des Difu – in den deutschen Nachhaltigkeitsbericht eingebunden. Das Magazin #stadtvonmorgen sprach mit Difu-Wissenschaftler Oliver Peters darüber.

➔ www.t1p.de/8k5yf

DEMO, 22.7.2025

Digitale Konzepte für die Stadtentwicklung

Von Mikro-Mobilität über Lieferdienste bis zu Einkaufsportalen – wie verändern digitale Plattformen die Stadtentwicklung? Im Interview mit dem DEMO-Magazin spricht Difu-Wissenschaftler Jan Abt über integrierte Stadtplanung, Digitalisierung und wie Kommunen digitale Entwicklungen lenken können.

➔ www.t1p.de/a43py

Deutschlandfunk, 17.7.2025

Akzeptanz fördern: Verkehrsberuhigung und Beteiligung

Welche Straßen eignen sich für Verkehrsberuhigung – und wie lassen sich Menschen vor Ort einbinden? Darüber spricht Difu-Wissenschaftlerin Uta Bauer in einer neuen Folge des Podcast „Systemfragen“ von Deutschlandfunk – zu hören ab Minute 8:34.

➔ www.t1p.de/cni7s

Fuldaer Zeitung, 4.7.2025

Kommunale Infrastruktur: Städte fahren auf Verschleiß

Marode Schulgebäude, Straßen oder Brücken – wie lässt sich die Infrastruktur in Deutschlands Kommunen modernisieren? In einem Gastbeitrag für die Fuldaer Zeitung kommentiert Institutsleiter Prof. Dr. Carsten Kühl den seit Jahren wachsenden Investitionsstau.

➔ www.difu.de/19111

Rheinische Post, 30.6.2025

Autofreie Innenstädte

Im Artikel spricht u.a. Difu-Wissenschaftlerin Anne Klein-Hitpaß über die Vorteile von Verkehrsberuhigung, autofreien Innenstädten sowie integrierter Mobilitätsplanung. Dabei verweist sie auf Erfahrungen aus Amsterdam, Oslo oder Paris – als neue Perspektiven.

➔ www.t1p.de/pmj5d

ZDF heute-journal, 30.6.2025

Bis zu 40 Grad: Hitzewellen bewältigen

Wie können Kommunen die Menschen vor extremer Hitze schützen? Im ZDF heute-journal spricht Difu-Wissenschaftlerin Dr. Andrea Fischer-Hotzel über Hitzeaktionspläne und Maßnahmen zur Klimaanpassung – zu sehen ab Minute 3:39. Im Fokus: der Schutz vulnerabler Gruppen bei extremen Temperaturen.

➔ www.t1p.de/o3rih

Deutschlandfunk Nova, 18.6.2025

Sommer, Sonne, Hitze – ab ins Freibad?

Freibäder bieten Abkühlung bei hohen Temperaturen. Wie ist ihr Zustand und warum sind sie so wichtig für die Gesellschaft? Darüber spricht Difu-Wissenschaftlerin Frida von Zahn im Podcast „Kurz und heute“ von Deutschlandfunk Nova – zu hören ab Min. 2:16.

➔ www.t1p.de/tu5p3



Deutsches Institut
für Urbanistik

www.difu.de

